

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/121

Anwerbung von Gastarbeitern, Masseninvasion von ausländischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen, Heimatverlust der Deutschen, Teil 6

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2016 (x887/...): >>>Merkels Verachtung

Wer Sorgen vor dem Islam hat, soll mehr singen und beten, rät die Kanzlerin

Was wie der Ausdruck von Naivität aussieht, ist kalte Berechnung. Merkel will ihren Bürgern Sand in die Augen streuen.

Kanzlerin Merkel rät den Deutschen, die "Sorgen vor dem Islam" haben, sich zur Weihnachtszeit wieder verstärkt dem christlichen Liedgut zuzuwenden und die Blockflöte zur Hand zu nehmen, denn sonst ginge uns "ein Stück Heimat verloren". Die Empfehlung strotzt vor einer bemerkenswerten Naivität, die allerdings im Falle der intelligenten CDU-Chefin bloß vorgetäuscht ist.

Unlängst hatte Merkel Bürgern mit Sorgen vor dem Islam geraten, einfach öfter in die Kirche zu gehen. Der Autor Henryk M. Broder kontierte damals: Das hätten die syrischen Christen auch getan. Heute seien viele von ihnen tot. Was die Kanzlerin als Antwort auf die Ausbreitung eines zunehmend aggressiven politischen Islam vorschlägt, ist eine bewußte Ablenkung der Deutschen von der wahren Herausforderung, vor die sie - insbesondere durch Merkels Politik selbst - gestellt werden.

Mit ihren Verweisen auf Kirchgänge und Weihnachtslieder gaukelt Merkel einen friedlichen, religiös-kulturellen Wettbewerb vor, dem mit Glaubensstärke und der Betonung der eigenen Wurzeln allein begegnet werden könne.

Dem politischen Islam aber geht es nicht um einen spirituellen Wettbewerb oder gar um "kulturelle Bereicherung". Dem politischen Islam geht es um politische Macht. Er will nicht Seelen und Herzen gewinnen, sondern Raum, in welchem er die Macht ausübt und alle Abweichler verfolgen und ausmerzen kann. Diesem Muster folgen auch der türkische Machthaber Erdogan und somit die in Deutschland tätigen religiös-politischen Strukturen der türkischen Regierung.

Die Antwort darauf kann nur in der konsequenten Bekämpfung aller politisch-islamischen Strukturen in Deutschland bestehen. Und in einer ebenso konsequenten Eindämmung der islamischen Zuwanderung, solange sich der politische Islam in der muslimischen Welt immer weiter ausbreitet und mit der islamischen Einwanderung dessen Ausbreitung in Deutschland befördert wird.

Genau dies aber will Angela Merkel mit allen Mitteln verhindern. Sie weigert sich mit aller Sturheit, der massenhaften islamischen Zuwanderung Einhalt zu gebieten und duldet politisch-islamische Frontorganisationen in der ominösen "Deutschen Islamkonferenz".

Daher streut sie den Deutschen mittels kitschiger Gefühlsappelle und lächerlicher Empfehlungen zum Singen und Beten Sand in die Augen. Dabei tritt zutage, daß sie ihre Bürger für bodenlos kindisch halten muß, für einen Haufen Einfaltspinsel, der sich selbst mit dem größten Blödsinn noch hinter die Fichte locken läßt. Nur auf der Basis einer solchermaßen ausgeprägten Verachtung des eigenen Volkes kann Merkel ernsthaft glauben, daß diese Irreführung nicht entdeckt und wütend zurückgewiesen wird.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Oktober 2016: >>**Der verpfändete Rechtsfrieden**

Nun will die Staatsanwaltschaft in Revision gegen das Urteil des Hamburger Landgerichts gehen, das vier der fünf Täter, die im Februar in Hamburg eine alkoholisierte 14jährige vergewaltigt hatten, mit Bewährungsstrafen davonkommen ließ. Bei den Vergewaltigungen war es nicht geblieben. Man hatte dem Mädchen auch verschiedene Gegenstände eingeführt und es anschließend leicht bekleidet bei Temperaturen unter dem Gefrierpunkt im Freien abgelegt, ihren Tod also in Kauf genommen.

Nur durch Zufall war es entdeckt und gerettet worden. Der Vorsitzende Richter führte zur Begründung an, die Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 17 Jahren hätten glaubhafte Geständnisse abgelegt, sich reumütig gezeigt und gute Sozialprognosen.

Siegesgewisse Matadore

Wie er darauf wohl kommt? Die 2010 so merkwürdig aus dem Leben geschiedene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig hatte immer wieder betont, daß milde Strafen, und als solche würden Bewährungsstrafen wahrgenommen, die jugendlichen Täter, und zwar gerade die ausländischen, nur in der Meinung bestärken, sich alles herausnehmen zu dürfen, weil ihnen niemand etwas anhaben könne.

Nach übereinstimmenden Berichten waren die Angeklagten zu Prozeßbeginn im August als siegesgewisse Matadore in den Gerichtssaal eingezogen, und als solche verließen sie ihn wieder. Die geringen Strafen, schrieb *Bild*, seien von den Angehörigen der Verurteilten "mit Siegerposen, Gegröle und abfälligen Gesten" gefeiert worden. Von einer "serbischen Großfamilie" ist die Rede, andere sprechen schlicht von "Zigeunern".

Rotherham-Muster im Frühstadium

Es ist das Rotherham-Muster im Frühstadium. In der britischen Stadt hatten Migranten im Schutze staatlichen Desinteresses englische Mädchen aus der Unterschicht jahrelang mißbraucht. Auch die von ausländischen Tätern begangenen Tötungsdelikte an jungen Deutschen und ihre Bagatellisierung durch Behörden und Medien gehören in den Zusammenhang.

Erinnert sei an den Tod des Daniel S. 2013 im niedersächsischen Kirchweyhe, der den Schriftsteller Akif Pirinçci zu dem aufsehenerregenden Aufsatz "Das Schlachten hat begonnen" veranlaßte, in dem er die umgreifende Gewalt insbesondere junger Muslime gegen meist wehrlose autochthone Deutsche zu analysieren versucht.

Hauptmotiv ist die pure Angst

Sicherlich gehen ideologische Voreingenommenheit und moralische Indifferenz der Verharmlosung solcher Straftaten voraus, doch das Hauptmotiv dürfte heute die pure Angst sein. In Berlin platzte kürzlich der Prozeß gegen einen arabischen Familienclan, weil sich keine Besitzer für ihn fanden.

Polizisten, die gegen Straftäter aus dem Migrantenmilieu vorgehen, sehen sich in Windeseile von einer aggressiven Meute umringt; Opfern wird unter der Hand geraten, nicht auf der Strafverfolgung zu bestehen, um sich nicht in Gefahr zu bringen; Belastungszeugen werden unter Druck gesetzt - warum nicht auch Juristen? Abgesehen von der persönlichen Gefährdung müssen die Behörden damit rechnen, daß angemessene Urteile zum Aufruhr der betroffenen Milieus bis hin Bürgerkriegsszenen führen würden.

Justiz bleibt nicht unberührt

So wird den Opfern die Genugtuung vorenthalten und die verletzte Hoheit des Rechts zur inoffiziellen Rechtsnorm. Das ist die natürliche Folge der multikulturellen Gesellschaft, die "hart, schnell, grausam und wenig solidarisch" ist und die "Verbindlichkeit ihrer Werte" eingebüßt hat, wie Daniel Cohn-Bendit 1991 schrieb. Anders gesagt: Die Funktionseeliten verpfänden mit ihrer Zuwanderungspolitik neben dem Wohlstand auch den Rechtsfrieden und die körperliche Unversehrtheit der Bürger.

Die Justiz bleibt davon nicht unberührt und mutiert vom Organ der Rechtspflege zum Instrument eines politischen, gesellschaftlichen und ethno-kulturellen Umbaus. Denn bei anderen Gelegenheiten stellt sie unter Beweis, daß sie durchaus imstande ist, hart zuzuschlagen. Vorige Woche bestätigte das Landgericht Würzburg die unbedingte Haftstrafe gegen einen Mann, der Haßpostings verbreitet hatte.

Meinungsstraftaten wiegen schwerer als sexuelle Folter

Der grüne Justizsenator von Bremen möchte die Beteiligung an Haßsprache (Hate speech) im Internet mit der "bandenmäßigen Begehung von Straftaten im realen Leben" gleichstellen. Gerade wurde die 87jährige Ursula Haverbeck, eine notorische Holocaust-Leugnerin, zu elf Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil sie nicht aufhört, ihre Behauptungen öffentlich vorzutragen.

Es ist bemerkenswert, daß virtuelle und Meinungsstraftaten, die sich durch ihren evidenten Unsinn selbst widerlegen, für schwerer befunden werden als zertretene Hirnschalen und sexuelle Folter. Folgerichtig ist es allemal, und alles hängt dabei mit allem zusammen. Die zivilreligiösen Gesinnungswächter triefen vor einer Hypermoral, aus der sie ihre ideologische Argumentation für den Vollzug des großen Umbaus ableiten.

Opposition soll verhindert werden

Die sogenannten Haßpostings sind oft widerwärtig; bei anderen liegt lediglich die Übertretung der normierten Sprachcodes vor. Und fast immer handelt es sich um überschießende Reaktionen, in denen sich die Wut über die Hilf- und Wehrlosigkeit vor allem gegenüber der Zuwanderungspolitik, die man mit Gründen als persönliche Gefährdung wahrnimmt, Luft macht.

Ihre massierte Kriminalisierung zielt darauf ab, die Konstituierung einer Gegenöffentlichkeit und die freie Kommunikation unter Andersdenkenden zu unterbinden, indem man staatlicherseits Angst erzeugt. Kommunikation und Öffentlichkeit aber sind die Voraussetzung für gesellschaftliches Handeln und politische Wirksamkeit.

Es geht also um die Verhinderung einer Opposition, die sich gegen den Umbau und die flächendeckende Etablierung von Alltagsgewalt à la Hamburg und Kirchweyhe und ihre Verharmlosung als neuer Rechtsnorm wendet.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2016: >>4,7 Millionen Muslime

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. Damit lebten mit Stichtag 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland, teilte das Bundesinnenministerium mit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt demnach zwischen 5,4 und 5,7 Prozent. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Dezember 2016: >>Die letzten Tage vor dem Bürgerkrieg?! Teil 1: "Ich f* Dich auf dem Rücken Deiner Mutter"**

Wolfgang Eggert analysiert die Lage der Nation ...

Rabenschwarze Aussichten

Am 20. Juni 2012 schockte der FOCUS seine Leser in einem Aufsehen erregenden Artikel unter dem Titel "Die Wahrheit über den Euro-Crash" mit den Worten: "Immer mehr Experten warnen vor schwersten Unruhen mitten in Europa." Der Beitrag, der die Gefahren eines Zu-

sammenbruchs des europäischen Währungssystems behandelte, wartete mit Experten auf die erstaunlich offen warnten. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, wurde wie folgt zitiert: "Natürlich erwartet die Bundesregierung hier schwere soziale Unruhen. Man weiß, was sich da zusammenbraut, aber man verdrängt das in der Öffentlichkeit lieber".

Ein Finanz-Artikel. Sicher. Und zudem ein paar Tage her. Auch richtig. Allein, die Gefahren für den Euro sind seitdem nicht geringer geworden. Im Gegenteil: der griechische Pleitepatient hängt nach wie vor am Tropf, hinzugekommen sind der Ausstieg Großbritanniens aus dem gemeinsamen Wirtschaftsraum und der drohende Abfall Italiens. Die Wahlen in Frankreich, die aller Voraussicht nach zu einem Durchmarsch des Eurofeindlichen Front National führen werden, stehen noch bevor.

Doch damit nicht genug der beunruhigenden Nachrichten. Denn: Wahrscheinlicher, erheblich wahrscheinlicher ist, daß der finale Zusammenbruch des "Alten Kontinents" von einer zweiten Front her droht, die sich das Brüsseler Establishment mehr noch als die erste höchstselbst eingebrockt hat. Die Rede ist von der Aufnahme von Millionen unausgebildeter, teil sogar analphabetischer Flüchtlinge, deren "Versorgung" kaum geschafft werden kann - auch wenn die deutsche Kanzlerin, auf deren Herrschaftsgebiet sich die Gefahrenlage nun zusammendrückt, das gern anders hätte und vermittelt.

Bereits 2008, als die Migrationslage noch "weicher" anmutete, prognostizierte die CIA in einer Studie für das Jahr 2020 die Unregierbarkeit vieler deutscher Stadtviertel. Als Berlin in einer "dank zahlreicher Rettungspakete" an sich schon bedenklichen Haushaltslage im Spätsommer 2015 einen Tsunami formal illegaler Asylanten ins Land holte, korrigierte der amerikanische Geheimdienst seine Prognose und verlautete, der Bürgerkrieg werde noch früher kommen!

Unzumutbare Zustände

Daß die Flut der Hilfsbedürftigen schon finanziell unbewältigbar ist, weiß jede Nachrichtenagentur, deren Aufgabe es ist, fromme Polit-Wünsche auf nackte Wahrheit zu reduzieren. Sie wird auch kulturelle Hürden in ihre Prognose einrechnen. Und Härten, die auf die Kriminalstatistik zulaufen.

Während der ersten sechs Monate dieses Jahres begingen Angaben des Bundeskriminalamts BKA zufolge, Migranten nicht weniger als 142.500 Verbrechen. Also 780 Verbrechen jeden Tag, nur durch dieses Klientel - wobei die veröffentlichten Daten allein solche Straftaten ausweisen, bei denen der Verdächtige auch wirklich gefaßt werden konnte. Kein Wunder also, daß die Polizeikräfte in vielen Teilen Deutschlands nach einem Bericht des auf Sicherheitsfragen spezialisierten New Yorker Think Tanks *Gatestone Institute* (Vorsitzender ist der ehemalige amerikanische UN-Botschafter Bolton) mittlerweile einräumen, mit ihrer Kraft am Ende zu sein.

Die Behörden vor Ort sind um so mehr überfordert, da ihnen die vorgesetzten Staatsanwaltschaften und mit ihnen die weisungsgebende Politik immer wieder die Hände binden. Und Rechtslagen durchwinken, die einer seit hunderten von Jahren an Demokratie, Liberalismus, Humanismus und Aufklärung gewohnte Gesellschaft geradezu wie Hohn anmuten müssen.

So hat die Polizei auf höhere Weisung hin bereits in mehreren Migrationsvierteln das "Funktionieren" von Schariagerichten zu akzeptieren. Als "Vertreter" dieser Nebenjustiz in voller Uniform, mit weithin lesbarem Aufdruck "Schariapolizei" Streife gingen, wurde das von Richtern als rechtskonform durchgewinkt.

Ebenfalls geduldet und sogar entschuldigt werden Kindersexverhältnisse, vorausgesetzt, daß diese "kulturell begründet" sind, also von Migranten ausgeübt werden. Der Fachbegriff dazu lautet Kinderehen. Laut *Gatestone Institute* vom 6. Oktober leben mittlerweile nicht weniger als fünfzehnhundert minderjährige "Bräute" im ehemals zivilisierten Deutschland, 360 unter

ihnen sind unter 14 Jahre alt. Die vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene Tatsache kam lediglich durch den amerikanischen "Freedom of Information Act" ans Licht, ein Gesetz, das Bürgern die Einsicht in vertrauliche Dokumente gewährt. (<https://www.gatestoneinstitute.org/9078/germany-child-marriage>)

Das *Deutsche Institut für Menschenrechte*, eine von vier Bundesministerien finanzierte und nominell unabhängige NGO, sorgte sich daraufhin. Allerdings nicht um die Aufweichung des Rechtsstaats - sondern um Verallgemeinerungen. Jeder Einzelfall, so das seltsame Menschenrechtsinstitut, müsse geprüft und auf Grundlage des Kindeswohls entschieden werden. Eine pauschale Unwirksamkeit könne, so die Mahnung, im Einzelfall zu problematischen Situationen für die Minderjährigen führen.

Ähnlich las es sich in einem vom Nachrichtenmagazin *Spiegel* vorab veröffentlichten Gesetzesentwurf des deutschen Justizministeriums: Gerichte sollten Kinder-Ehen künftig nur dann aufheben können, wenn das Kindeswohl des minderjährigen Ehepartners gefährdet sei, hieß es. Bereits vorher hatte in einem Schwerpunkt-Thema des *ZDF heute Journal* Claus Kleber der Kinderehe normale oder gute Seiten entnehmen können.

"Soll der Staat die Kinder der Ehe entreißen, ohne Fragen zu stellen?", fragte der öffentlich-rechtlich angestellte Anchorman provokativ. Und nahm Bezug auf einen Film, in dem ein Beispiel einer Zwangsehe gezeigt wurde, wo eine Frau sagt: "Die Ehe war gut für mich". Der Gipfel des Beitrags ist die Feststellung Klebers, daß auch in unserem System die Eltern über die Kinder entscheiden können, wenn sie minderjährig sind.

Man muß sich vor diesen Hintergründen nicht wundern, wenn renommierteste angloamerikanische Zeitungen bis hin zum neugewählten US-Präsidenten die Berliner Republik und ihre Chefin Angela Merkel als "weltfremd" oder gar "wahnsinnig" bezeichnen.

Banden übernehmen Straßen, Viertel und Justizbehörden

Die angeführten Zustände lesen sich bedenklich genug. Nichtsdestoweniger ist es dem Durchschnittsbürger am Ende schnuppe, was die zugereiste Facharbeiterschaft unter welchen kulturellen Abartigkeiten mit wem im Bett treibt. Und es geht dem Biodeutschen ebenso kalt am Allerwertesten vorbei, welche Polizei in welcher Phantasie-Uniformierung Mohammed das feierabendliche Weinglas aus der Hand nimmt, Hussein um zehn ins Bett schickt oder bei Abdul Schutzgeld kassiert - solange es eben nur diese betrifft.

Es sind allein die *transkulturellen Übergriffe*, zumal wenn sie mit Gewalt ausgetragen werden, die der autochthonen Bevölkerung wirklich gegen den Strich gehen. Nur sie sind imstande den innenpolitischen Frieden spürbar zu gefährden. Besetzt "der Fremde" in Drohgebärde *eigene* Lebensräume und Freiheiten, dann macht sich schnell Unbehagen breit. Das sich jederzeit zum regelrechten Volkszorn ausbreiten kann.

Genug Zündstoff gibt es auf diesem Gebiet allemal. Erst am 14.12. berichtete DIE WELT:

Kriminalhauptkommissar Ralf Feldmann erinnert sich noch gut an das Gespräch, das wie eine indirekte Kriegserklärung klang. Drei Vertreter der kurdisch-libanesischen Community saßen am 29. Juli vergangenen Jahres im Büro des Leiters der Polizeiwache Gelsenkirchen-Süd und diskutierten mit Feldmann über Konflikte mit renitentem Nachwuchs. Irgendwann wurde die Atmosphäre angespannter, und Feldmann bekam sinngemäß zu hören:

"Die Polizei würde den Kampf mit uns nicht gewinnen, weil wir zu viele sind. Das würde auch für ganz Gelsenkirchen gelten, wenn wir wollten." Der Wachleiter verstand das als verkappte Drohung. ... Essens aktueller Polizeipräsident Frank Richter beschreibt es so: Teile der Familienclans seien "im Bereich des gesamten Strafgesetzbuchs unterwegs". ...

Ende 2015 wurden die Beamten mit einem neuen Problem konfrontiert, den sogenannten Tumultdelikten: Wie auf geheimen Befehl versammelten sich plötzlich in Minuten Dutzende Personen und störten Führerschein- und Personalkontrollen. "Haut ab. Das ist unsere Straße. Ihr habt hier nichts zu suchen", bekamen die Polizisten zu hören. Oder: "Ich fickte Dich auf dem

Rücken Deiner Mutter."

Solche Beleidigungen ahnden die Polizisten heute schon gar nicht mehr, da müßte man täglich an die 200 Anzeigen schreiben, erklärt Feldmann lapidar. Er sah sich auch persönlich bedroht und wählte eine Zeit lang immer andere Wege zur Wache. (Hervorhebung nicht im Original)

Angesichts der Tatsache, daß ein Biodeutscher schon für ein schlichtes Beamten-Duzen zur Kasse gebeten wird, mag man trefflich darüber streiten, ob die Polizei im Ruhrgebiet als umgedreht rassistisch bewertet werden kann. Auf jeden Fall ist sie - in etlichen Ballungsräumen gilt dasselbe - eines: Sie ist schwach. Aufreizend schwach. Die Clans und "Communities" wissen: Sie können sich alles erlauben. Und sie tun das auch.

Jüngstes Beispiel ist der Vorfall des U-Bahntreters von Neukölln. Eine widerliche Tat, verübt in einem Bereich, von dem bekannt ist, daß dort Überwachungskameras angebracht sind. Der Filmmitschnitt zeigt eine junge Frau die eine lange, steile Treppe heruntergeht. Ihr folgt eine Clique 20-30-jähriger Migranten, von denen einer ohne ersichtlichen Grund dem Mädchen von hinten mit voller Wucht in den Rücken tritt. Daß das in hohem Bogen mit dem Kopf vorweg am Treppende aufschlagende Opfer sich nur den Arm brach, ist ein schlichtes Wunder. Reaktion des Täters und seiner Kompagnons: Keine. Sie flüchten nicht einmal. Sie gehen einfach ihres Weges. So als wäre nichts gewesen.

Direkt vor den Kameras verübt, ist die Tat eine Machtdemonstration. Die Aussage "Was könnt ihr mir schon" wird stillschweigend mitgeliefert. Tatsächlich hielt die Polizei das Verbrechen, wie schon bei den Vorfällen von Köln, unter Verschuß und machte keine sichtbaren Anstalten zu ermitteln. Es war möglicherweise ein und allein der Einsatz eines Whistleblowers, der den Hergang öffentlich bekannt machte: Ein Polizist setzte das Überwachungsvideo ins Internet. Da die Aufnahmen die Personen klar erfaßten, erhielt die Polizei auch entsprechende Hinweise. Ein Gruppenmitglied wurde daher zum Verhör "gebeten", um keine 48 Stunden später wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Warum der Straftatbestand der Unterlassenen Hilfeleistung nicht griff - unbekannt.

Bekannt hingegen war der Name des Treters, der sich zwischenzeitlich ins Ausland abgesetzt hatte. Der Angreifer soll aus Bulgarien stammen. Informationen der *BZ* zufolge "prüfen die Sicherheitsbehörden, ein Rechtshilfeersuchen zu stellen." Prüfen. Das läßt einen sprachlos. Die Vor- bzw. Nachsicht der Staatsanwaltschaft wird hingegen plausibel, wenn man weiß, daß die Herren von der U-Bahn-Putztruppe allesamt aus einer Waltons-großen Gangsta-Familie stammen. Wer Berlin mit Clans/Großfamilien und Bulgaren/Roma/Zigeuner googelt, erhält zahlreiche Artikel über ein kriminelles Milieu serviert, das berufsergänzend Justizbehörden, Polizeiobere und Politiker nach bester Mafiamanier kompromittiert, besticht, erpreßt oder einfach "nur" bedroht. Ziel: Ermittlungsvermeidungen. Offenkundig ist man darin recht erfolgreich.

Die Stimmung (wird ge)schwenkt

Die High Noon-Lage im Ruhrgebiet ist nicht neu und verbessert sich auch nicht, im Gegenteil. Die von der *Welt* vor zwei Tagen gelieferten Einblicke beschreiben ...

Daß es in U-Bahnen der Metropolen immer wieder zu schweren Übergriffen durch Migrantenbanden bis hin zu Morden kommt, ist bekannt. Die Taten verschwinden in Statistiktabelle, 99 % der Überwachungskamera-Aufnahmen wurden nie gezeigt - der Vorfall von Neukölln kam nur durch einen Whistleblower heraus, nachdem die Polizeibehörden das Beweismaterial sechs Wochen lang unterdrückt hatten.

Hier wie dort gebe es "Migrationsprobleme", ein Thema das seit jeher als schützenswert behandelt wird. Hier wie dort wurde vertuscht - das ist typisch. Hier wie dort wurde aber jetzt "enthüllt" - das ist symptomatisch. Denn beide Aufdeckungen stehen nicht für sich allein. Seit einigen Wochen beginnt sich die Nachrichtenlage zu ändern. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Dezember 2016:

>>**Jetzt f***** wir das System! Die letzten Tage vor dem Bürgerkrieg?! (Teil 2)**

Wolfgang Eggert analysiert die Lage der Nation ...

Die Systemmedien schwenken

"Migrationsprobleme" sind ein Thema, das seit jeher von allerhöchster Stelle aus als schützenswert behandelt wird. Politiker, Polizei, Medien, der gesamte "Apparat" hielt sich bis dato an die Vorgabe. "Nicht darüber reden, nicht darüber streiten, nicht darüber schreiben, wenn ein Vorfall ein schlechtes Licht auf das europäische Integrationsprojekt werfen könnte". So lautete das Motto. In der Folge wurde vertuscht, was das Zeug hält.

Den Medien obliegt hierbei die ausschlaggebende Macht. Sie können Mißstände verdunkeln oder beleuchten. Sie können Stimmungen unterdrücken oder fördern. Sie können Aufbegehren in Schach halten oder freisetzen. Bisher haben sie stets ersteres getan.

Diese stringente Linie hat Risse bekommen, deutliche Risse. Seit einigen Wochen beginnt sich die Nachrichtenlage zu ändern. Das Flaggschiff der Berliner Obrigkeit, die Tagesschau, hat sich in einem Akt vermeintlicher Selbstkritik entschieden die einzige systemkritische politische Kraft, die AfD, nicht mehr als "rechtspopulistisch" zu brandmarken. Das ist kein isolierter Akt. Parallel zu diesem verwunderlichen Entschluß wird nun Jahrzehntlang unter der Decke Gehaltenes, Aufgestautes von Zeitungen und selbst Fernsehkanälen vermehrt nach außen gegeben.

Es sind gerade die transatlantischen Medien, die sich an Tabuthemen heranmachen: Mafiöse Clans, islamistische Bedrohung, Scharia, Burka - all das, was vordem als unantastbar galt, ist es nicht mehr. Was die Presse als "vierte", vorgeblich kritisierende "Macht" im Staat schon längst in Dosen hätte verabreichen können, kommt jetzt teilweise schockartig. Berichte, welche die Migration und vor allem den Islam zumindest halbwegs kritisch beleuchten, erscheinen in immer kürzeren Abständen. Es gibt Mainstreammedien, die auf ihren Online-Titelseiten jeden Tag ein neues Negativ-Happening aus diesem Milieu anbieten.

Darunter z.T. Fälle, die nach vorsätzlichen Stimmungsanheizungen aussehen, wie stilsicher mit dem Schwert des Islam vollzogene Machetenangriffe oder angeblich gescheiterte Bombenanschläge. Auch zeitliche Maßschneidung gibt es, so die jüngste Massenenthauptung christlicher Statuen in katholischen Regionen des Rheinlands (<http://www.informationliberation.com/?id=55971>, in NRW, dort, wo die nächsten deutschen Landtagswahlen stattfinden werden).

Obwohl in sich ganz sicher keine von außen bezahlte Politaction-Tat, fällt auch der U-Bahn-Tritt von Neukölln in die Kategorie "verdächtig" - und zwar aufklärungsseitig. Daß alles, was dort geschah und im Nachhinein "schief lief" auch bekannt (gemacht) wurde, verduzt einigermaßen. Der verstörende Filmmitschnitt, seine versuchte Vertuschung, die Enthauptung eines Gangmitglieds unter geradezu aufreizender Begründung ("keine juristische Grundlage"), das Weitergeben des ebenso provokativen Ausspruchs, daß der Versuch des Haupttäters habhaft zu werden noch "geprüft" werde, während sofort eine Anzeige gegen den Ü-Cam-Whistleblower erlassen wurde - das ganze "Strippen" von Ausländerkriminalität nebst staatlichem Vollversagen, alles in einem Fall, quer durch die Medien - kann keinem Zufall geschuldet sein.

Neukölln steht indes nicht für sich allein. Personifizierte Schicksale von Gemordeten oder Vergewaltigten gibt es zuhauf, es gab sie immer, als Nummern in Polizeiakten versteckt und daher ungesehen. Jetzt werden die ersten offen gezeigt, mit Namen: Schicksale bekommen ein Gesicht. Im Ergebnis kommt die - verständliche - Wut langsam aber gewiß auch bei der schweigenden Mehrheit an, wo sie täglich durch nachfolgende Gewalttaten, Polizeiversagen und milde Richter immer weiter hochgetrieben wird.

Die Selbstermächtigung des verachteten Bürgers

Wer sich über die daraus entstehenden Folgen unterrichten will, braucht nur die Kommentare

unter einschlägigen Artikeln lesen. Der Ruf nach Bürgerwehren und Selbstjustiz ist hier nicht mehr außergewöhnlich. Im Fall des U-Bahn-Treterers, ist man bereits über das bloße Vordenken hinausgekommen. Mehrere Seiten haben beachtliche Kopfgelder auf die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Deutschlands unterbezahlter Arbeiterbarde Gunther Gabriel ("Hey Boss, ich brauch mehr Geld") geht mit satten 5.000,- Euro an den Start. Ein Personenschützer bietet 2.000,-. Etliche andere legen Summen in gleicher Höhe auf den Pott. Die privat ausgesetzten Prämien erhöhen sich ständig.

Der "hilfspolizeiliche" Vollzug von Gerechtigkeit beginnt lukrativ zu werden. Wobei das Wort hilfspolizeilich angesichts des an § 258a StGB (Strafvereitelung im Amt) erinnernde Behördenversagens in zahllosen Kommentaren schon gar nicht mehr Verwendung findet. "Sachdienstliche Hinweise auf den Täter bitte an" ... "mich" / "uns" / "die Organisation XY" / "die Zeitung sowieso" liest man anstelle dessen immer wieder.

Erste "Suchtrupps" haben sich formiert; über das, was man anstellen wird, wenn der Treter gefunden ist, gibt es verschiedene Sichtweisen. Sie reichen von "Polizei anrufen" bis hin zu "An den Füßen aufhängen und abwarten". Plakate mit der Aufschrift "Dead or Alive" wurden bisher nicht gesehen. Noch nicht.

Nachsatz: Der Berliner Treppen-Treter wurde Pressemitteilungen zufolge, am Samstagabend gefaßt, anscheinend nach einem Tipp aus der Bevölkerung. Der Hinweisgeber hätte Anspruch auf eine Gesamt-Kopfprämie von über 20.000,- Euro die von besorgten Bürgern gesammelt bzw. aus privater Tasche ausgelobt wurde. Staatliche Behörden hatten ihrerseits keine Belohnung zur Ergreifung des Straftäters in Aussicht gestellt.

Die Medien berichten, kritisch zwar, aber was bleibt ist bei vielen, sehr vielen, das Gefühl: ENDLICH tut sich was! Nur durch uns und mich allein. Gefühlte Jahrzehnte der korrupten Schlappschwänzigkeit, von anderen verschuldet, fallen von den eigenen Schultern, so als habe man selbst an ihr Mitschuld getragen. Vorbei damit. Jetzt wird aufgeräumt!

Dieses grundpositiv erlebte, selbstermächtigende Gefühl ist die Stimmung jeder Vorrevolution. Wer das für übertrieben hält, möge in die Geschichte zurückschauen, um deutliche Parallelen zu finden.

Die **Grundlage jeder Erhebung** ist stets eine klare Interessenstrennung zwischen Regierung und Volk, in einem "unten" als wesentlich und belästigend empfundenen Punkt. Heute wird die Aufgabe des gemeinsamen Hauses Deutschland zugunsten einer aus Brüssel fernverwalteten und aus aller Welt gefluteten Trabantenstadt als genau das empfunden. Wiederholten Umfragen zufolge, lehnt über die Hälfte der Bevölkerung dieses ideologisch-verstiegene Globalisierungsprojekt ab.

Nun sehen wir uns die **Ereignislinie** an, die jedem "Aufstand" historisch zu eigen ist:

1. Die Herrschenden ignorieren (a) diesen Widerwillen im Volk und reklamieren (b) ihre Politik als "alternativlos". Sie verschließen sich (c) in einen Elfenbeinturm und regieren von dort (d) weiter an großen Teilen des Volkes vorbei oder direkt gegen diese.
2. Viele Bürger fühlen die von oben herab vollzogene Abwendung, die früher oder später als echte Trennung erlebt wird. In der Folge wenden sie sich schließlich selbst ab. Erst von den prominentesten Systemvertretern, dann auch von Parteien und schließlich vom System als solchen.
3. Das Bestehen einer als wirklichkeitsfremd und gegen das Volk wahrgenommenen Politik ist, verbunden mit der fehlenden Bereitschaft, die Betroffenen einzubinden ein wichtiger Punkt ("Die hören uns nicht"). Die Unfähigkeit oder gar der Unwille der Regierung, die Kollateralschäden ihrer selbstangerichteten Politik zu benennen oder zu bereinigen ("Die tun ja eh nichts") ist ein anderer. Gegen ersteres kann die entschlossenste Vertreterschaft der zur Seite geschobenen Bevölkerung (die Avantgarde des Umbruchs) nichts ausrichten. Gegen letzteres schon.

4. Einige Bürger erkennen in einem Einzelfall den Freiraum, selbst praktisch gegen Mißstände zu handeln. Sie steigen ein, um ihn zu nutzen. Sie handeln dabei noch nicht GEGEN die Regierung, sondern agieren NEBEN ihr. Die Aktivisten operieren dabei nicht GEGEN das Gesetz, im Gegenteil, sie HELFEN diesem zu seiner Durchsetzung, auf einem rechtlich erlaubten Spielfeld.

5. Selbst "entschiedene" Bürger beschreiten dieses Feld nur, wenn der Staat auf diesem wiederholte Mißerfolge eingefahren hat, oder wenn schlimmerenfalls gar der Verdacht besteht, daß die Regierung dort - z.B. aus politischen Gründen- gar nicht handeln will. Haben diese Wenigen, und hier reichen bereits ein paar Dutzend, nun als Hilfspolizisten Erfolg, dann kommt "unten" automatisch die für jedes Regime totengräberische Erkenntnis "daß es auch bzw. scheinbar nur so geht" auf.

So und nicht anders "beginnt es". So beginnt eine Revolution. Die Kette fallender Domino- steine ist bereits bis zu diesem Punkt durchschritten, weshalb der Fachmann für Neuere Ge- schichte und Militärstrategie Prof. Michael Wolffsohn heute mit vollem Recht von "bürger- kriegsreifen oder sich am Rande des Bürgerkriegs entwickelte Situationen" spricht (*Jüdische Rundschau*, 13.12.2016). Wolffsohn unterrichtete 30 Jahre an der Universität der Bundeswehr München und wurde vor wenigen Monaten zum "Hochschullehrer des Jahres 2016" gekürt.

Das ist der Punkt an dem wir stehen. Was überrascht ist nun die vermeintliche Zwangsläufig- keit, in der wir dorthin gekommen sind. Es gibt genügend Regierungsautoritäten, die diesen Prozeß hätten aufhalten können. Sie haben das nicht getan. Im Gegenteil scheint sich das Sy- stem laufend selbst zu sabotieren. Von außen und von innen. Warum? Warum passiert das? Gibt es Profiteure für die sich laufend weiter erhitzende Situation? Und wenn ja: Wer kann das sein? ...<<

Schlußbemerkungen: Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb im Jahre 1989 (x268/196): >>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärte am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asyl- rechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massen- mißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwick- lungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete im Jahre 2004 über die Folgen der Einwanderung (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 17. September 2007: >>**Integration "Der Islam hat ein Doppelgesicht"**

Wegen ihrer kritischen Haltung zum Islam wurde Hiltrud Schröter immer wieder bedroht. Im Gespräch mit WELT ONLINE spricht die Autorin über Toleranz, Terrorismus und die Gefahr von Moscheen in Deutschland. Ihre Schlußfolgerung: Der Islam ist nicht mit der Demokratie vereinbar.

Die Autorin und Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter aus Frankfurt beschäftigt sich seit gut 20 Jahren mit Islam und Migration. Die 66-Jährige gilt als eine strenge Kritikerin. Die Wissenschaftlerin erhielt wegen ihrer Arbeit bereits mehrere Drohungen und für ihre Studie "Ahmadiyya-Bewegung des Islam" eine Strafanzeige von dieser muslimischen Sekte. Das Strafverfahren wurde allerdings von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Für Ihre Doktorarbeit "Arabesken - Studien zum interkulturellen Verstehen" erhielt sie 1998 den Elisabeth-Selbert-Preis des Landes Hessen. Ihr Sachbuch "Das Gesetz Allahs" ist soeben im Ulrike-Helmer-Verlag erschienen.

WELT ONLINE: In Ihrem neuen Buch beschäftigen Sie sich mit dem Gesetz Allahs. Sie behaupten darin vehement, die Rechtsordnung des Islam sei generell nicht mit der Demokratie vereinbar. Warum?

Hiltrud Schröter: Unser Grundgesetz folgt dem Grundsatz der Gleichheit, also der Gleichberechtigung. Nach der Scharia dagegen muß Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandelt werden. Darauf fußt etwa die Diskriminierung der Frau im Islam. Eine Folge davon ist auch, daß Nicht-Muslime in islamischen Ländern weniger Rechte und andere Pflichten haben und Menschen zweiter Klasse sind. Religionsfreiheit gibt es nicht. Der Islam hat ein Doppelgesicht.

WELT ONLINE: Inwiefern?

Schröter: Der Islam ist ein totales und totalitäres System. Er ist nicht nur Religion, sondern auch Politik. Er ist eine Politreligion mit Überlegenheits- und Herrschaftsanspruch. Allah ist der oberste Gesetzgeber und seine Gesetze sind im Koran und damit in der Scharia enthalten. Und im Koran ruft Allah einerseits zu Toleranz und Frieden auf, andererseits verspricht er denjenigen, die mit Gewalt gegen die Ungläubigen kämpfen, das Paradies. Darauf stützt sich der islamische Terrorismus.

WELT ONLINE: In vielen Städten entbrennt momentan die Diskussion - wie in Köln - um den Neubau von Moscheen. Auch in Frankfurt regt sich Widerstand in Form einer Bürgerinitiative gegen den Bau der schiitischen Fatima-Moschee in Hausen. Welche Konsequenzen haben Ihrer Meinung nach die Moscheebauten?

Schröter: In Frankfurt-Hausen beispielsweise gibt es bereits zwei islamische Zentren, ein arabisch-sunnitisches und ein iranisch-schiitisches. Die Fatima-Moschee, die eine türkisch-pakistanische Gemeinde bauen möchte, wäre die dritte in diesem kleinen Stadtteil und die größte in Frankfurt. Diese Gemeinden, die sich wahrscheinlich in ihren Herkunftsländern feindlich gesonnen sind, könnten aus Hausen einen Konfliktherd machen. Denn wenn es zwischen den Herkunftsländern kracht, dann kracht es auch in Hausen. Der Konflikt wird so nach Deutschland getragen. Das wird auch in anderen Städten so sein. In Köln kommt hinzu, daß mit der DITIB-Großmoschee mitten in der Stadt eine Enklave des türkischen Staates entsteht.

WELT ONLINE: Der Verein, der die Moschee in Hausen plant, spricht davon, einen deutschen Islam einführen zu wollen, der offen und liberal sei.

Schröter: Dann soll er sagen, welche Stellen er aus dem Koran streichen will. Das Problem ist nämlich, daß Muslime das Ziel haben - wenn sie denn dem Gebot Allahs folgen - sobald sie als Minderheit eine gewisse Macht haben, die Scharia einzuführen, erst recht als Mehrheit. Dazu verpflichtet der Koran. Sie täuschen also zunächst die Anpassung vor. Im Koran heißt das taqiya. Innenminister Bouffier nennt das im Hessischen Verfassungsschutzbericht 2002 "Legalitätstaktik".

WELT ONLINE: Wie soll man mit Muslimen umgehen? Welche Konsequenzen fordern Sie?

Schröter: Ich trenne ganz deutlich zwischen Menschen und dem Islam als System. Das zeigt besonders gut mein Buch "Mohammeds deutsche Töchter". Aber wenn ein Muslim hier isla-

mische Gesetze einführen will, dann lehne ich das ab. Das wichtigste ist, aufzuklären, daß der Islam auch totalitär ist.

WELT ONLINE: Das heißt, Sie würden den Neubau von Moscheen verbieten lassen?

Schröter: Moscheen sind ja keine "Gebetshäuser" und "Kirchen", wie oft naiv behauptet wird, sondern politische Zentren. Großprojekte wie in Köln und Hausen lehne ich ab, weil sie Demonstrationen islamischer Macht sind, die die Weltherrschaft anstrebt.

WELT ONLINE: Warum sind Sie so rigoros mit Ihrem Urteil?

Schröter: Meine Generation hat diese Suppe hierzulande eingebrockt. Ich kann die Folgen, die auf unsere Kinder und Enkelkinder zukommen, nicht verantworten: nämlich ein drittes totalitäres System nach Faschismus und Kommunismus und die Wiederkehr des Patriarchalismus.<<

Der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel (1973 als Sohn türkischer Migranten in Flörsheim am Main geboren, leuchtendes Beispiel für "gelungene Integration" schrieb am 4. November 2011 in dem großen Nachrichtenportal der Berliner Tageszeitung "taz": >>**Kolumne Geburtenschwund**

Super, Deutschland schafft sich ab!

In der Mitte Europas entsteht bald ein Raum ohne Volk. Schade ist das aber nicht. Denn mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird.

Endlich! Super! Wunderbar! Was im vergangenen Jahr noch als Gerücht die Runde machte, ist nun wissenschaftlich (so mit Zahlen und Daten) und amtlich (so mit Stempel und Siegel) erwiesen: Deutschland schafft sich ab!

Nur 16,5 Prozent der 81 Millionen Deutschen, so hat das Statistische Bundesamt ermittelt, sind unter 18 Jahre alt, nirgends in Europa ist der Anteil der Minderjährigen derart niedrig. Auf je 1.000 Einwohner kommen nur noch 8,3 Geburten - auch das der geringste Wert in Europa.

Besonders erfreulich: Die Einwanderer, die jahrelang die Geburtenziffern künstlich hochgehalten haben, verweigern sich nicht länger der Integration und leisten ihren (freilich noch steigerungsfähigen) Beitrag zum Deutschensterben.

Volkssportarten Jammern und Ausländerklatschen

Noch erfreulicher: Die Osis schaffen sich als Erste ab. Während im Westen die Zahl der Minderjährigen in den vergangenen zehn Jahren um 10 Prozent gesunken ist, ging sie im Osten um 29 Prozent zurück. Die Sandys, Mandys und Jacquelines pfeifen auf das neue deutsche Mutterkreuz ("Elterngeld") und tragen nach Kräften dazu bei, daß den ostdeutschen Volkssportarten Jammern, Opfersein und Ausländerklatschen in absehbarer Zeit der Nachwuchs ausgehen wird.

Woran Sir Arthur Harris, Henry Morgenthau und Ilja Ehrenburg gescheitert sind, wovon George Grosz, Marlene Dietrich und Hans Krankl geträumt haben, übernehmen die Deutschen nun also selbst, weshalb man sich auch darauf verlassen kann, daß es wirklich passiert. Denn halbe Sachen waren nie deutsche Sachen ("totaler Krieg", "Vollkornbrot"); wegen ihrer Gründlichkeit werden die Deutschen in aller Welt ein wenig bewundert und noch mehr gefürchtet.

Nun ist schon so manches Volk ohne das gewalttätige Zutun anderer von der Bühne der Geschichte abgetreten: Die Etrusker wurden zu Bürgern Roms, die Hethiter gingen im anatolischen Völkergemisch auf, die Skythen verschwanden irgendwo in den Weiten der Steppe.

Eine Nation, die mit ewiger schlechter Laune auffällt

Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen und, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, den Krieg zum Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit gemacht zu haben; eine Nation,

die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisseri und ewiger schlechter Laune auffällt; eine Nation, die Dutzende Ausdrücke für das Wort "meckern" kennt, für alles Erotische sich aber anderer Leute Wörter borgen muß, weil die eigene Sprache nur verklemmtes, grobes oder klinisches Vokabular zu bieten hat, diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden.

Apropos Sprache: Die Liste jener deutschen Wörter, die sich nicht oder nur mit erheblichem Bedeutungsverlust in andere Sprachen übersetzen lassen, illustriert, was der Welt mit dem Ableben der Deutschen verlustig ginge: *Blitzkrieg, Ding an sich, Feierabend, Gemütlichkeit, Gummibärchen, Hausmeister, Heimweh, Kindergarten, Kitsch, Kulturkampf, Lebensabschnittsgefährte, Nachhaltigkeit, Nestbeschmutzer, Ordnungsamt, Querdenker, Realpolitik, Schlager, Spaßvogel, Tiefsinn, Torschlußpanik, Vergangenheitsbewältigung, Volksgemeinschaft, Weltanschauung, Wirtschaftswunder, Zwieback.*

Welcher Mensch von Vernunft, Stil und Humor wäre betrübt, wenn diese Wörter und mit ihnen die ihnen zugrunde liegenden Geisteshaltungen verschwinden? Eben.

Mehr Zärtlichkeit für den Schäferhund als für die Sprache

Der Erhalt der deutschen Sprache übrigens ist kein Argument dafür, die deutsche Population am Leben zu erhalten. Denn der Deutsche und das Deutsche haben miteinander etwa so viel zu schaffen wie Astronomie und Astrologie. Oder besser noch: wie Lamm und Metzger. "Für seinen Schäferhund und seine Wohnzimmerschrankwand empfindet der Deutsche mehr Zärtlichkeit als für seine Sprache", bemerkte Thomas Blum einmal. Im Interesse der deutschen Sprache können die Deutschen gar nicht schnell genug die Biege machen.

Nun, da das Ende Deutschlands ausgemachte Sache ist, stellt sich die Frage, was mit dem Raum ohne Volk anzufangen ist, der bald in der Mitte Europas entstehen wird: Zwischen Polen und Frankreich aufteilen? Parzellieren und auf eBay versteigern? Palästinensern, Tuvaluern, Kabylen und anderen Bedürftigen schenken? Zu einem Naherholungsgebiet verwildern lassen? Oder lieber in einen Rübenacker verwandeln?

Egal. Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 27. Mai 2015 (x893/...): >>Totalitäre Tendenzen im Islam und ihre Gegenstrategien - Islam und Gewalt (14 / Schluß)

Der Islam ist nach Mohammeds Beispiel und Weisungen ein religiös-politisches System, das verfassungsfeindliche und totalitäre Tendenzen enthält. Der freiheitlich-demokratische Staat hat die Pflicht, diese politischen Dimensionen von Koran und Islam zu bekämpfen.

Ein Gastbeitrag von Hubert Hecker

1. Das Programm des salafistischen Islam ist verfassungsfeindlich

Als Antwort auf einen Leserbrief schrieb der hessische Ministerpräsident dem Autor unter anderem: "Der Salafismus ist gegenwärtig die bundesweit dynamischste und am schnellsten wachsende Bewegung." Wir nehmen "die Gefährdung durch islamistischen Extremismus und Terrorismus ... sehr ernst". Die hessischen Sicherheitsbehörden werden "rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung treffen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben sammelt das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen, die sich gegen diese Grundordnung richten."

Mit Recht schätzt die hessische Regierung den salafistischen Islam als eine politisch-religiöse Kraft ein, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet, indem sie die Verfassung und Rechtsordnung durch ein koranbasiertes Scharia-System ablösen will.

2. Totalitäre Tendenzen im politisch-religiösen System des Islam

Der Salafismus ist eine radikal-islamische Sammlungsbewegung, zu der mit graduellen Unterschieden die Taliban/Al-Quaida, der Islamische Staat, Boko Haran, aber auch der saudi-ara-

bische Wahabismus, die ägyptische Muslimbruderschaft und andere Islam-Gruppen gehören. Sie wollen die Lehren und Institutionen des Frühislam wiedereinführen - einschließlich einer strikten Anwendung der Scharia.

Die Orientierung an den Weisungen und Taten Mohammeds impliziert einen politischen Islam als religiös orientiertes Herrschaftssystem: Der Prophet als Religionsstifter, Staatslenker und Oberrichter präfigurierte die islamische Einheit von Religion und Politik in einem 'Gottesstaat'. Die Nachfolger Mohammeds sahen sich als religiös-politische Machthaber, die Allahs Herrschaft über Muslime und Nichtmuslime durchzuführen hatten. Dazu erließen sie die koran-basierten Scharia-Gesetze, setzten Scharia-Richter ein und kontrollierten die Durchsetzung, also eine Staatsführung in Gewalteneinheit.

Diesem System ist eine Mitbeteiligung der Bürger, politische Willensbildung auf Interessensbasis, Wahlen und parlamentarische Repräsentanz fremd, von dem Recht auf Opposition ganz zu schweigen. Denn die Scharia-Grundordnung legt einerseits die Formen staatlicher Institutionen und deren Handeln fest - etwa die Strafbestimmungen für die Untertanen, andererseits stellt sie die 'Unterworfenen' (Islam heißt 'Unterwerfung') in ein umfassendes System von privat- und zivilrechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Regelungen, die das Leben der Untertanen bis in letzte Verästelungen regulieren. Aus diesen beiden Ansätzen ergeben sich die totalitären Tendenzen, die bei radikal-islamischen Gottesstaaten festzustellen sind.

Die Scharia läßt weder eine Pluralität von Meinungen noch von Interessen oder Lebensformen. Aus dem theologischen Ansatz der allumfassenden Oberherrschaft Allahs ergibt sich, das es Menschen- und Freiheitsrechte 'von Natur aus' im Islam nicht geben kann.

Mohammed bestimmte durch sein Vorbild und seine Weisungen, daß die Muslime für die Herrschaft des Islam bzw. Allahs Herrschaft als einzig wahre Religion auch mit Gewalt gegen die "Ungläubigen" kämpfen sollten.

Es ist unübersehbar, daß eine programmatische Propagierung des klassischen Islam als ein politisch-religiöses System frontal gegen alle wesentlichen Elemente der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung unseres Gemeinwesens gerichtet ist.

3. Junge Muslime werden in deutschen Moscheegemeinden zu islamisch motivierter Gewaltbereitschaft - und damit auf den Dschihad vorbereitet

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, daß in Koran und Islam selbst eine religiös fundierte Gewaltbereitschaft ebenso wie Distanz und Ablehnung unserer Verfassungsordnung angelegt ist. Aus dem Ansatz des klassischen Islam zu Gottesstaat und Gewalt erwachsen immer wieder neu die gewaltbejahenden Bewegungen wie der Salafismus.

Die verwunderte Frage von Politikern, warum derzeit so viele junge Moslems sich so leicht und so schnell zunächst den salafistischen Predigern und dann den IS-Dschihadisten zuwenden, ist leicht zu beantworten: Der Radikalisierungsprozeß ist auf dem Boden des in Deutschland gelehrten Islam gut vorbereitet.

Neuere Untersuchungen bestätigen die Ergebnisse der früheren Studie von Heitmeyer u.a. zur politisch-religiösen Disposition von muslimischen Jugendlichen: Zwischen 30 und 50 Prozent aller muslimischen Jugendlichen, die in der islamischen Kerngemeinde sozialisiert wurden, sind von einer verhängnisvollen Trias geprägt:

Islamisch fundierter Überlegenheitsanspruch: "Der Islam ist die einzig rechtläubige Religion. Alle anderen Religionen sind nichtig und falsch, deren Angehörige 'Ungläubige'." Zustimmung: 56 Prozent.

Im Islam begründete Gewaltbereitschaft: Bis zu 40 Prozent der muslimischen Jugendlichen in Deutschland befürworteten physische Gewalt, Erniedrigungen und auch Tötung feindlicher Ungläubiger, "wenn es der islamischen Gemeinschaft dient."

Distanz bis Ablehnung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere des Gewaltmonopols des Staates, der säkularen Justiz- und Rechtsordnung, Ablehnung von Wah-

len und Parlament, Befürwortung der Todesstrafe bei Konversion vom Islam u.a.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière meinte, daß die deutschen Dschihadisten von dem "seltsamen Reiz des Archaischen" getrieben seien. Dieses Motiv mag hinzukommen, aber die hauptsächliche Triebkraft für die deutschen Muslime, die nach Syrien in den Dschihad ziehen, besteht - im Islam. "Ich bin wegen der Religion des Islam hier in Syrien", hatte der kürzlich in Frankfurt verurteilte Syrien-Rückkehrer Kreshnik B. seiner Schwester gesagt.

Eine politisch-gesellschaftliche Strategie gegen salafistische Werbung zum Dschihadismus wäre demnach völlig unzureichend, wenn sich die Bekämpfung nur gegen die Prediger und Theorien des Salafismus' richten würden, ohne die Politik- und Gewaltansätze des Islam in Koran und Scharia zu berücksichtigen. In den Moscheen der sogenannten gemäßigten Muslime wird der gleiche Islam gelehrt wie in denen der Salafisten. Das zeigen die oben angeführten Befragungsergebnisse bei muslimischen Jugendlichen.

Es besteht nur eine Differenz in der Anwendungs-Interpretation: Die meisten Imame in Deutschland vertreten die Meinung, daß in einer Diaspora- und Minderheitensituation die Muslime die politischen und dschihadisten Elemente der Koran- und Scharia-Lehre (noch) nicht anwenden sollten. Die Salafisten dagegen wollen den ganzen (Früh-) Islam sofort und direkt auf unser Land übertragen. Ein Präventionsansatz gegen salafistischen Dschihadismus wird scheitern, wenn er diese Zusammenhänge nicht berücksichtigt. Das soll im Folgenden erörtert werden.

4. Strategien gegen die politisch-verfassungsfeindlichen Tendenzen des Islam

Die hessische Landesregierung macht einige Anstrengungen, neben den polizeipräventiven Maßnahmen ein breites soziales Präventionsnetzwerk gegen Salafismus aufzubauen. Dazu gehören örtliche Beratungsstellen zur Gewaltprävention, Ausstiegs- und Deradikalisierungsprogramme sowie soziale Aktivitäten in Zusammenarbeit mit Jugendämtern und Berufsberatung. In Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer soll "über die Gefahren des Salafismus informiert und für den Umgang mit diesem Phänomen sensibilisiert" werden, so Ministerpräsident Volker Bouffier in einem Schreiben an den Autor.

Diese Anstrengungen zu vernetzten Aktivitäten gegen den Salafismus sind natürlich zu begrüßen, aber werden sie greifen? Die islamistische Gewalt ist eben nicht zu vergleichen mit den spontanen Gewaltausbrüchen von Rockerbanden oder Fußball-Hooligans. Denn sie wird nicht einfach vom "Reiz des Archaischen" oder jugendlichen Gewaltphantasien hervorgehoben, sondern von einer Ideologie getragen und gelenkt. Deshalb werden die bisher erprobten Methoden der Gewaltprävention gegen salafistische Dschihadpropaganda ziemlich wirkungslos bleiben. Auch bei den Projekten der hessischen Landesregierung scheint der religions- und ideologiefundierte Charakter der salafistischen Gewaltpropaganda nicht ausreichend berücksichtigt zu werden. Dieser Verdacht regt sich bei betulichen Formulierungen, die Lehrer "für das Phänomen des Salafismus' zu sensibilisieren".

Solche Verharmlosungstendenzen stehen im Widerspruch zu Bouffiers richtiger Einschätzung, nach der vom Salafismus "Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung" ausgehen. Da der salafistische Islam ein umfassendes religiös-politisches System darstellt, muß eine Gegenstrategie alle ideologischen Dimensionen ins Auge fassen. Der Staat hat sich allerdings bei dem religiösen Kern des Islam herauszuhalten, da die durch die Religionsfreiheit geschützt sind.

Andererseits haben die staatlichen Stellen die Pflicht, die politisch-verfassungsfeindlichen Elemente des Islam zu beobachten, zu benennen, darüber aufzuklären, davor zu warnen und sie zu bekämpfen. Dazu ein Programm zu entwickeln wäre derzeit eine vordringliche Aufgabe von Bund und Ländern. Ein solches Studien- und Informationsprogramm würde einerseits als Unterbau den konkreten Präventionsmaßnahmen zum Nutzen sein, andererseits sollte es als breites Aufklärungsprogramm in die Schulen und Medien wirken.

Insbesondere Politiklehrer wären dafür prädestiniert, die muslimischen und nicht-muslimischen Schüler über die totalitären Tendenzen und verfassungsfeindlichen Dimensionen des Islam aufzuklären. Dabei müßte auch klar werden, daß Islam und Islamismus nur zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

Das hat Konsequenzen für die Aufklärungsstrategie: Die sogenannten moderaten Moschee-Gemeinden werden vielfach als Bündnispartner gegen Salafismus und Dschihadismus benannt. In Wirklichkeit erzeugen die Moschee-Gemeinden schon bei Kindern und Jugendlichen eine muslim-spezifische Gewaltbereitschaft, wie oben gezeigt. Die salafistischen Prediger brauchen dieses islamisch motivierte Gewaltpotential nur aktivieren und mobilisieren. Auf diesem Hintergrund müssen die staatlichen Instanzen ebenso wie die zivilgesellschaftlichen Kräfte auch an die Islam-Verbände und Moschee-Gemeinden den Anspruch stellen, ihre Lehr- und Publikationstätigkeit auf verfassungsfeindliche Tendenzen kritisch zu überprüfen.

Auch Bundesinnenminister de Maizière hat angekündigt, der islamistischen Propaganda mit einer Aufklärungsoffensive das Wasser abzugraben. Dabei soll mit einer Art Gegenerzählung das Narrativ der Dschihadisten entzaubert werden. Diese Gegenpropaganda über die Unmenschlichkeit der Islamisten soll die Bundeszentrale für politische Bildung übernehmen. Außerdem müßten "wir für die Rolle eines aufgeklärten, europäischen Islam kämpfen", meinte der Minister laut FAZ vom 21.11.2024.

Nach den Formulierungen der Ankündigung ist zu befürchten, daß diese "Aufklärung" nach dem Konzept der Isolierung des Salafismus vom "wahren Islam" abläuft - und damit ziemlich wirkungslos bleibt.

Bisher hat die Bundesregierung durchweg Schriften und Schreiber gefördert, die Loblieder auf alle Schattierungen des Islam sangen und Kritik als Islamophobie diffamierten. Beispiel für die staatlich unterstützten und gewollten Tendenzschriften ist das Sammelwerk des Deutschen Kulturrates mit dem Titel: Islam-Kultur-Politik vom Januar 2011. Nachdrucke von diesen und anderen Islam-Schmeicheleien erschienen im September 2013.

Einer der Desinformatoren zum Islam ist Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland. Er schreibt: "Der Islam mit seiner 1.400-jährigen Geschichte belegt ja nur allzu deutlich, daß er friedliche Absichten hat, niemand kann das leugnen."

Für de Maizière gilt Mazyek als Vertreter eines "aufgeklärten Islam", in Wirklichkeit zeigt dieser Mann, daß er und die deutsche Muslimschaft noch im islamischen Mittelalter stecken geblieben sind, als man die Leute mit Märchen und Legenden beeindrucken konnte.

Mazyek läßt von realistischer, gar selbstkritischer Sicht auf den Islam keine Spur erkennen. In der aktuellen Islam-Debatte vertritt er die Meinung, daß der Salafismus, also die strikte Anwendung von Koran und Scharia, nichts mit dem "wahren Islam" des Korans gemein hätte.

In die falsche Richtung läuft eine Äußerung von de Maizière, daß "wir", also die Bundesregierung, für einen "aufgeklärten Islam kämpfen" sollten.

Mit dieser Parteinahme würde der Staat die verfassungsmäßige Neutralitätspflicht gegenüber den Religionen verletzen. Er hat sich aus allem Richtungsstreit der Religionen herauszuhalten und erst recht nicht für bestimmte Religionen und Religionsrichtungen zu "kämpfen". Das ist politischer Konsens - seit der Aufklärung. Der demokratische Staat hat allein und erst dann einzuschreiten, wenn in programmatischen Schriften und Verhalten die Elemente der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung verneint und bekämpft werden.

Auch im sogenannten 'moderaten' deutschen Islam sind diese Tendenzen als Basis für den Salafismus festzustellen, wie oben gezeigt. Deshalb sollte de Maizière statt Schulterschluß zu seinem Lieblingsislam auf die politisch gebotene Distanz gehen. Sodann es ist seine Pflicht als Innenminister, von den deutschen Imamen und Moschee-Gemeinden einzufordern, daß sie aus ihren Lehren sowie den Lehr- und Schulbüchern alle Aussagen und Aufforderungen eines politischen Islam entfernen, die der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung widerspre-

chen.

Offensichtlich besteht in dieser Hinsicht Handlungsbedarf, wenn muslimische Jugendliche signifikant häufiger gewaltbereit gegen Andersgläubige sind und distanzierter gegenüber unserer Rechtsordnung. Das Einwirken und Einfordern auf der Ebene der muslimischen Moschee-Gemeinden dürfte dann auch eine wichtige und notwendige Basis-Prävention gegen Salafismus sein.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 13. Januar 2016: >>**Ex-Verfassungsrichter "Merkels Alleingang war ein Akt der Selbstermächtigung"**

Ex-Verfassungsrichter Bertrams übt scharfe Kritik am Vorgehen von Kanzlerin Merkel in der Flüchtlingspolitik. Er vermutet einen Verfassungsbruch und spricht von "selbtherrlicher Kanzler-Demokratie".

Der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofs für Nordrhein-Westfalen, Michael Bertrams, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Flüchtlingspolitik Kompetenzüberschreitung und möglichen Verfassungsbruch vorgeworfen.

CSU sieht grünes Licht für Verfassungsklage

Klage gegen die Politik der Kanzlerin? Die CSU scheint diesen Schritt zu erwägen, immerhin hat sie ein Gutachten in Auftrag gegeben, das ihr Recht gibt: Klagen scheint möglich und erfolgversprechend.

"Im Alleingang hat sie Hunderttausende Flüchtlinge ins Land gelassen. Das war zwar sehr mitfühlend, geschah aber ohne erkennbaren Plan", schreibt Bertrams in einem Beitrag für den "Kölner Stadt-Anzeiger".

Merkels Vorgehen werfe die verfassungsrechtliche Frage auf, ob sie dazu überhaupt legitimiert war. "In unserer repräsentativen Demokratie liegen alle wesentlichen Entscheidungen - gerade auch solche mit Auswirkung auf das Budget - in den Händen der vom Volk gewählten Abgeordneten", so Bertrams mit Hinweis auf Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Parlamentsvorbehalt für den Einsatz bewaffneter deutscher Truppen im Ausland.

Ohne parlamentarische Zustimmung dürfe es solche Einsätze nicht geben. "Kann also schon die Entsendung einiger Hundert Soldaten nach Mali nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen, dann ist diese erst recht erforderlich, wenn es um die Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge geht", so Bertrams.

"Merkels Alleingang war deshalb ein Akt der Selbstermächtigung", betonte er und sprach von einer "selbtherrlichen Kanzler-Demokratie". Bertrams stand von 1994 bis 2013 an der Spitze des NRW-Verfassungsgerichtshofs in Münster.

Staatsrechtler fordert Grenzschutz

Ebenfalls scharfe Kritik an Bundeskanzlerin Merkel kommt von dem Staatsrechtler Ulrich Battis. "Die Bundesrepublik muß ihre Grenzen effektiv schützen, wenn ansonsten eine Überforderung durch die Aufnahme von Ausländern droht", forderte der Rechtswissenschaftler von der Humboldt-Universität Berlin in der "Nordwest-Zeitung".

Das System des Dublin-Vertrags funktioniert nicht mehr. Damit ist die Bundesrepublik verpflichtet, sich vor unregelter Einwanderung zu schützen.

Ulrich Battis, Staatsrechtler

"Ich habe noch die Neujahrsansprache der Kanzlerin im Ohr. Da hat sie gesagt, daß Einwanderung noch jedem Land gutgetan hat. Es geht hier aber nicht um Einwanderung, sondern um Asylsuchende. Einwanderung und Asyl sind zwei unterschiedliche Paar Schuhe", sagte Battis. "Das Asylverfahren ist kein Instrument der Einwanderungspolitik", unterstrich der Staatsrechtler.

Wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem anderen sicheren Herkunftsland einreise, könne sich laut Grundgesetz nicht auf das Asylrecht berufen, sagte Battis. "Diese Regelung ist der Kern des Dublin-Vertrags. Dieses System funktioniert nicht mehr. Damit

ist die Bundesrepublik verpflichtet, sich vor unregelmäßiger Einwanderung zu schützen. Ohne Grenzkontrollen wird auf Dauer nicht nur der Sozialstaat aus den Angeln gehoben, sondern auch der Rechtsstaat", betonte der Staatsrechtler.

Die Entscheidung, ob in großem Stil Einwanderung nach Deutschland stattfinden solle oder nicht, müsse der Bundestag treffen, sagte auch Battis. "Das kann die Bundesregierung nicht allein entscheiden." Merkel setze auf eine europäische Lösung und den gemeinsamen Schutz der Außengrenzen. Das scheine aber nicht zu funktionieren. "Wenn sich auf europäischer Ebene keine Lösung finden läßt, ist die Bundesregierung verpflichtet, für Rechtmäßigkeit und funktionierende Kontrollen an Deutschlands Grenzen zu sorgen", forderte der Staatsrechtler.

"Halte Klage von Bayern für aussichtsreich"

Der Freistaat Bayern erwägt eine Klage gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung - sie sei verfassungswidrig. Staatsrechtler Rupert Scholz hält eine solche Klage für gerechtfertigt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. Februar 2016: >>"Luxus-Asyl": Flüchtlinge bekommen nagelneue Reihenhäuser

In der mittelfränkischen Gemeinde Eckental sind die ersten Asylbewerber in für sie erbaute Reihenhäuser eingezogen. Die insgesamt sechs Gebäude haben eine Wohnfläche von rund 1.000 Quadratmetern und sollen insgesamt bis zu 50 Asylbewerber beherbergen.

Die ersten bereits eingezogenen Asylsuchenden zeigten sich begeistert über die Reihenhäuser. Die Unterkunft sei "sehr gut", lobte ein Bewohner gegenüber dem Bayerischen Rundfunk. Auch Investor Markus Gildner zeigte sich hocherfreut. "Das sind alles junge Paare, junge Familien mit ein oder zwei Kindern, und das sind alles ganz anständige Leute." Um "Luxusbauten", wie einige Bürger kritisiert hatten, handele es sich nicht. "Goldene Wasserhähne wurden nicht eingebaut", betonte Gildner.

Frauen geben Männern nicht die Hand

Betreut werden sollen die Asylbewerber von der örtlichen Flüchtlingsinitiative "FLEck e.V." Diese rät den Einheimischen, sich mit den kulturellen Eigenschaften der Asylsuchenden vertraut zu machen. Auf der Internetseite des Vereins heißt es unter anderem: "Bei einigen muslimisch geprägten Kulturen sieht man sich bei einem Gespräch nicht in die Augen - das würde als äußerst unhöflich empfunden. Wenn eine Frau einem Mann in die Augen sieht oder umgekehrt, könnte dies als sexuelles Interesse verstanden werden."

Um Mißverständnisse zu verhindern, sollten sich die Deutschen merken, daß Männer und Frauen, die nicht verwandt sind, sich nicht die Hand geben sollten. Weiter schreibt die Initiative: "In manchen Regionen in Afrika nimmt man keine gebrauchten Kleider an. Denn man geht davon aus, daß der Geist des Vorbesitzers noch in den Kleidern wohnt."

Der Bau der Reihenhäuser hatte bereits im vergangenen Jahr für Unruhe in der Gemeinde gesorgt. Einwohner hatten sich beschwert, daß der Investor behauptet hätte, daß dort junge Familien einziehen würden. "Der Investor hat die Gemeinde und die Anwohner über den Tisch gezogen", sagte ein Einwohner. Insgesamt kostete das Bauprojekt rund zwei Millionen Euro. Zu den Mietpreisen wollte sich Gildner nicht äußern.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. April 2016: >>Die alternative Integration

Dienstag früh klickten in der Hauptstadt Handschellen. In einer Großbrazzia, bei der über 200 Beamte im Einsatz waren, durchsuchte die Polizei in den Morgenstunden 14 Wohnungen und Geschäfte arabischer Familienbanden.

Doch ist das nur ein seltener Stich in ein Wespennest. Die Berliner Unterwelt wird von diesen Clans beherrscht - die Polizei wird der Entwicklung immer weniger Herr. All dies ist Konsequenz einer illusionären Einwanderungs- und gescheiterten Integrationspolitik, wie der Migrationsforscher Ralph Ghadban im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT bekräftigt.

Vor Berliner Asylunterkünften spielen sich, wie vor wenigen Tagen die Welt berichtete, bizarre Szenen ab: Luxuslimousinen fahren vor. Es sind Fahrzeuge arabischer Clans. Mit den teuren Schlitten wollen Kriminelle orientierungslose Flüchtlinge beeindrucken - und anwerben. Mit Erfolg.

Rekrutierungsfeld für kriminelle Milieus

Das Ergebnis: Weniger für die deutsche Wirtschaft, deren Verbandsvertreter immer leiser von neuen Fachkräften schwärmen, scheinen die Hunderttausenden jungen Männer aus Nahost eine Blutauffrischung zu bedeuten. Vielmehr sind Asylanter Rekrutierungsfeld für kriminelle Milieus in Deutschland, die Nachwuchs für die Drecksarbeit suchen.

Überall findet in der Unterwelt ein brutaler Verdrängungswettbewerb statt. Am Drogenbrennpunkt Kottbusser Tor ist dies mit bloßem Auge zu erkennen, wie einer unserer Reporter beobachten konnte. Junge Nordafrikaner verdrängen alteingesessene Dealer. Noch robuster geht es in der Rockerszene zu.

In der Szene der Hells Angels und Bandidos findet im Kleinen statt, was der Gesellschaft insgesamt droht. Die demographisch überalterten deutschen Rocker-Gruppen werden von neuen Streetgangs verdrängt. Sie heißen "Black Jackets" oder "United Tribuns" und werden von Arabern und Türken dominiert.

Experte: Die deutsche Flüchtlingspolitik ist "eine Katastrophe"

Dahinter stehen Clans, im Kern männlich-hierarchisch, autoritär geführte Verbände von Großfamilien, als Staat im Staat ein Kontrastbild zur fragmentierten, individualistischen, feminisierten, antiautoritären Gesellschaft. Wie entscheidet sich nun ein junger, haltsuchender Mann aus der Levante, wenn er die Wahl hat zwischen dickem Mercedes vor dem Flüchtlingsheim, schneller Kohle, harten Jungs und dem von Frauen geführten Flüchtlingscafé der örtlichen evangelischen Kirche, anstrengenden Sprachkursen und den kuscheligen deutschen "Alles kann, nichts muß"-Integrations-Angeboten?

Anstelle von Integration in Deutschland findet Assimilation durch andere ethnisch-religiöse Gruppen, arabisch-türkische Parallelgesellschaften statt. Im harten Kern: Rekrutierung durch Islamisten und kriminelle Banden. Wie der Deutsch-Libanese Ghadban im JF-Interview resümiert: Die deutsche Flüchtlingspolitik ist "eine Katastrophe".<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 6. Juni 2016 (x892/...): >>**Willkommenskultur? Rundum-Vollversorgung gratis? Von wegen!**

Ja, sie waren schwer traumatisiert. Noch nicht einmal Jahrzehnte später wissen wir, was sie auf ihrer Flucht alles durchgemacht haben an unbeschreiblichem Leid, Elend, Kummer und Not. Sie haben nicht oder selten davon gesprochen, und oft genug bekamen sie zu hören, daß man davon eben nichts mehr hören wollte. Wer weiß schon, was damals alles "verdrängt" worden ist!

Schlimmer: sie wurden beschimpft, verdächtigt, ausgegrenzt und in jeder Weise mißachtet. Und zwar von den eigenen Landsleuten, im eigenen Land, nach der Vertreibung aus der angestammten Heimat. Vielleicht ist deshalb so manche völlig irrationale heutige Reaktion nur psychologisch erklärbar, etwa als Kompensation eines zeitübergreifenden schlechten Gewissens ... Den Vergleich zieht ein Artikel, den wir hier wiedergeben wollen.

"Die deutschen Vertriebenen wurden nach der Flucht in Deutschland nicht so umsorgt wie heute die Asylsucher

Angesichts der derzeit allenthalben eingeforderten Willkommenskultur sowie der Integrationsangebote, die den ins Land strömenden Asylsuchern entgegenzubringen seien, muß daran erinnert werden, wie es den deutschen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg in Restdeutschland erging. Für die meisten von ihnen war das mit Stacheldraht und Schlagbäumen befestigte Grenzdurchgangslager Friedland die erste Station in der "neuen Heimat". Im Gegensatz zu den Asylantern, die auf freie Land- und Platzwahl pochen, wurden sie von dort

zwangsweise ins Landesinnere verfrachtet.

Diejenigen, die sich ohne Genehmigung in andere als die zugewiesenen Orte aufmachten, hatten enorme Schwierigkeiten, der damals überlebensnotwendigen Lebensmittelmarken habhaft zu werden. Nicht selten landeten sie wegen illegalen Aufenthaltes im Gefängnis. Obwohl keiner von ihnen freiwillig die Heimat verlassen hatte, wurden sie von der einheimischen Bevölkerung abfällig als "Zigeuner", "hergelaufene Habenichtse", "Polacken" oder "Rucksackdeutsche" beschimpft.

Sprüche, wie "Nehmt die Wäsche von der Mauer, es kommen die Sudetengauner!" waren gang und gäbe und nur für die Menschen lustig anzuhören, die nicht wie die Betroffenen ihre Heimat, ihr Hab und Gut, ihren sozialen Status sowie Verwandte und Freunde verloren hatten. Denn alleine bei den von den Tschechen verjagten Sudetendeutschen waren nach Erhebungen der Zentralstelle des kirchlichen Suchdienstes 295.000 Vertreibungstote zu beklagen; die Zahl der bei der Vertreibung ums Leben gekommenen Deutschen insgesamt bewegt sich in einer Größenordnung von weit über zwei Millionen.

Die allermeisten Vertriebenen mußten bis weit in die 1950er Jahre hinein zusammengepfercht in Lagern vegetieren oder in von den ansässigen Deutschen auf Behördenanordnung nur widerwillig geräumten Rumpel- und Abstellkammern, in zugigen Löchern und Verschlagen, ja selbst in Ställen hausen. Die Selbstmordrate bei den Vertriebenen lag - wen wundert es - um einiges über dem Durchschnitt der Bevölkerung. Die deutschen Vertriebenen wurden bei ihrer Ankunft auch nicht, wie das heutzutage die Asylanten erwarten dürfen, von Bischöfen der beiden großen christlichen Konfessionen euphorisch empfangen und frenetisch beklatscht. So geschehen am Münchner Hauptbahnhof im Herbst 2015. Helferkreise gab es für sie ebenfalls nicht.

Den vertriebenen Geistlichen ging es nicht besser. Sie wurden zwar zur Betreuung der heimatvertriebenen Gläubigen dringend gebraucht, doch begegneten ihnen ihre einheimischen Mitbrüder, einschließlich mancher Bischöfe, oftmals mit Mißtrauen. Zudem waren die Kirchengebäude den Vertriebenen häufig dann versperrt, wenn sie als Evangelische in katholischen oder umgekehrt als Katholiken in evangelischen Gemeinden ihre Gottesdienste feiern wollten.

Selbst als Tote versuchte man sie zu diskriminieren. Das bayerische Staatskommissariat für Flüchtlinge und Vertriebene sah sich deshalb genötigt, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es verboten sei, Flüchtlinge und Vertriebene außerhalb der Friedhöfe zu bestatten.

Die Vertriebenen haben das allmählich einsetzende "Wirtschaftswunder" zwar durch ihre Arbeit entscheidend mitgestaltet, haben von ihm aber am wenigsten profitiert. Wirtschaftswissenschaftler stellten fest, daß die Einkommen der deutschen Vertriebenen auch ein Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg fast fünf Prozent unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung lagen.

Ähnliches gilt für die zweite Generation der Vertriebenen, deren Einkommen immer noch gut drei Prozent niedriger waren als die vergleichbarer nichtvertriebener Westdeutscher. Deutlich größer war und ist nach wie vor die Diskrepanz beim Eigentum. Denn die erheblichen Vermögensnachteile der Vertriebenen konnten durch den sogenannten Lastenausgleich, mittels dem höchstens rund fünf Prozent des verlorenen Besitzes "entschädigt" wurden, nur zu einem äußerst geringen Teil ausgeglichen werden.

Wie Psychologen, so der Münchner Traumaforscher Michael Ermann, betonen, sind Vertriebene durch ihre Erlebnisse während der Austreibung sowie anschließend in Restdeutschland erheblich in ihrem psychosozialen Lebensgefühl eingeschränkt. Denn die erlittenen körperlichen wie seelischen Verwundungen und traumatisierenden Erfahrungen, auf die besonders Kinder und Heranwachsende empfindlich reagieren, können nicht von heute auf morgen wie ein Hemd abgestreift werden. Sie begleiten manche ihr ganzes Leben lang und treten selbst in

nachfolgenden Generationen offen zutage.

Obwohl nach 1945 Deutsche zu Deutsche kamen, also Landsleute gleicher Sprache, Kultur, Konfession und Geschichte aufeinander trafen, konnte von einer Willkommenskultur beim besten Willen keine Rede sein. Ihre von Politikern in Sonntagsreden immer wieder gerne gefeierte, angeblich so erfolgreich verlaufene Integration mußten sich die Vertriebenen in Jahrzehnten bitter erkämpfen."

Walter Kreul in der Preußischen Allgemeinen Zeitung 22/2016

Danke, Herr Kreul, daß Sie daran erinnern!<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. August 2016: >>**Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 verdoppeln**

Die Bevölkerungszahl Afrikas wird sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln. Derzeit leben rund 1,1 Milliarden Menschen auf dem Kontinent. In 34 Jahren sollen es dann rund 2,5 Milliarden sein, berichtet das amerikanische "Population Reference Bureau" (PRB).

Im gleichen Zeitraum soll die Einwohnerzahl Europas um zwölf Millionen auf 728 Millionen zurückgehen. "Dabei lassen sich jedoch noch immer große regionale Unterschiede ausmachen. Die niedrigen Geburtenraten in Europa sorgen dort für einen Bevölkerungsrückgang, während sich die Anzahl der afrikanischen Bürger erwartungsgemäß verdoppeln wird", sagte PRB-Präsident Jeffrey Jordan.

Hohe Geburtenzahlen in der Subsahara

Weltweit halte der Trend zu steigenden Bevölkerungszahlen jedoch an. "Obwohl die Geburtenraten auf der ganzen Welt zurückgehen, bleibt davon auszugehen, daß uns das Bevölkerungswachstum weiterhin auf die zehn Milliarden zutreibt", betonte Jordan mit Blick auf die derzeit etwa 7,4 Milliarden Erdbewohner.

Vor allem in den Staaten der Subsahara wird die Einwohnerzahl wegen der hohen Fertilitätsraten steigen. Die höchste Quote von Kindern pro Frau weisen weltweit der Niger (7,6), der Südsudan (6,7), die Demokratische Republik Kongo (6,5) sowie der Tschad (6,4) auf. Am niedrigsten liegen diese Werte im Moment in Südkorea, Rumänien, Singapur und Taiwan (jeweils 1,2).

Die Bevölkerung Deutschlands soll bis 2050 von 82 auf 81 Millionen sinken.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 18. September 2016: >>**Raum ohne Volk**

Wird Deutschland in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch das Land der Deutschen sein, wenn die Einwanderung aus außereuropäischen Kulturkreisen weiter auf hohem Niveau anhält? Medien- und Politik-Establishment pflegen die wachsenden Zweifel an der verordneten "Willkommenskultur", besonders die an der Wahlurne geäußerten, wahlweise als "irrationale Ängste", "Rassismus" oder Schlimmeres abzutun.

Die Parole, die die Kanzlerin vor Jahresfrist ihrem fakten- und argumentfrei bis heute unablässig beschworenen "Wir schaffen das"-Mantra nachgeschoben hat - bei gut 80 Millionen Einwohnern in Deutschland falle die in einem Jahr ins Land gelassene Asyleinwanderer-Million doch kaum ins Gewicht -, ist die Blaupause der demagogischen "einfachen Antworten" der Immigrations-Verharmloser.

Ethnische Deutsche werden zur Minderheit

Die Wirklichkeit ist härter. In Berlin hat der Anteil der ausländischen Einwohner im ersten Halbjahr 2016 die 30-Prozent-Marke erreicht; zusammen mit fast einer halben Million deutscher Staatsangehöriger mit Einwanderungshintergrund zählen sie 1,1 Millionen. Im Bezirk Mitte und einer Reihe von Stadtteilen im Zentrum stellen die beiden Gruppen bereits die Mehrheit.

Überproportional vertreten sind Einwanderer mit und ohne deutschen Paß in den jüngeren Alterskohorten. Allein das läßt schon ermessen, wohin die Reise geht: Zuerst in den Großstäd-

ten, später im ganzen Land werden ethnische Deutsche zur Minderheit in der eigenen Stadt und im eigenen Land werden.

Ein Drittel mit Einwanderungshintergrund

Die Asyl-Immigration, die zwar durch äußere, von der Bundesregierung kaum beeinflusste Faktoren gebremst wurde, gleichwohl aber auf hohem Niveau weiterläuft, spitzt diese Situation dramatisch zu. In Deutschland lebten vor Öffnung der Schleusen, Stand 2014, nach Angaben von Destatis gut 29 Millionen Einwohner zwischen 15 und 45 Jahren, rund ein Viertel davon mit Einwanderungshintergrund.

Bei den etwa zehn Millionen unter 15jährigen beträgt der Einwandereranteil ein Drittel, bei den ca. 24 Millionen 45- bis 65jährigen dagegen nur 15 Prozent und bei den gut 17 Millionen Einwohnern im Rentenalter lediglich zehn Prozent und weniger.

Sozialstaat wird nicht mehr finanzierbar sein

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie tiefgreifend sich das Bevölkerungsbild verändern wird, wenn in den nächsten beiden Jahrzehnten die jetzigen, von Abstammungs-Deutschen dominierten Rentnerjahrgänge mit zunehmendem Alter, Krankheit oder Tod aus der Öffentlichkeit abtreten und die ebenfalls überwiegend abstammungsdeutschen geburtenstarken Jahrgänge der heute 45- bis 65jährigen, die derzeit auf dem Höhepunkt ihres Berufslebens stehen und den Großteil der für Transferleistungen benötigten Steuern und Abgaben erwirtschaften, das Rentenalter erreichen, selbst auf Transferzahlungen angewiesen sind und sich sukzessive ebenfalls aus dem Straßenbild zurückziehen.

Der Sozial- und Umverteilungsstaat, wie wir ihn kennen, wird auf seinem heutigen Niveau nicht mehr finanzierbar sein, seine Einwohnerschaft wird nicht mehr von ethnischen Deutschen geprägt sein, sondern von einer multikulturellen Mischbevölkerung.

Keine gleichmäßige Verteilung auf Altersgruppen

1,6 Millionen Asyl-Immigranten haben 2015 und im ersten Halbjahr 2016 die deutschen Grenzen überschritten - mindestens. Selbst bei Halbierung der Zahlen bedeutet das, daß in den nächsten fünf Jahren drei bis vier Millionen Menschen zusätzlich in Deutschland leben - zurückgeschickt wird bekanntlich kaum jemand. Durch Familienzusammenführung dürfte sich diese Zahl mindestens verdoppeln, wenn nicht vervielfachen.

Diese Einwanderer verteilen sich nicht gleichmäßig auf alle Altersgruppen. Man kann sie deshalb nicht einfach in Relation zur Gesamtbevölkerung setzen; die Vergleichsgruppe sind die Alterskohorten der 15- bis 45jährigen, der zwei Drittel der überwiegend männlichen Asylbewerber zuzurechnen sind. Weitere knapp 30 Prozent sind jünger als 15 Jahre. Das betrifft, wohlgemerkt, die registrierten Antragsteller; unter den Hunderttausenden Untergetauchten dürfte der Anteil junger Männer noch erheblich höher sein.

Der Nachschub an Menschen ist unerschöpflich

Millionen junger arabischer und afrikanischer Männer treffen also auf 15 Millionen in Deutschland ansässige Männer zwischen 15 und 45, von denen rund 3,5 Millionen selbst einen "Migrationshintergrund" haben. Der Nachschub ist unerschöpflich; Hunderte Millionen sitzen nach Schätzungen des Ökonomen Gunnar Heinsohn in den nächsten Jahrzehnten auf gepackten Koffern.

Überwiegend sind es zweite, dritte und vierte Söhne, chancenlos in der Heimat, die fordernd und mit hohen Ansprüchen auftreten, ohne an Ausbildung und Leistungswillen auch nur entfernt in der Lage zu sein, in absehbarer Zeit den als selbstverständlich erwarteten Wohlstand selbst zu erarbeiten.

"Willkommens-Putsch" der Bundeskanzlerin

Harte Verteilungskämpfe werden die Folge sein, bei denen die Einzelkinder der durch Überalterung pazifizierten Deutschen, von bereits anwesenden und neu hinzugekommenen Einwanderern und ihren höheren Geburtenraten unerbittlich majorisiert, zwangsläufig den kürzeren

ziehen werden. Auch die sexuellen Übergriffe werden als Folge des importierten Männerüberschusses weiter zunehmen.

Eine Regierung, die die ethnisch-kulturelle Struktur des Staatsvolkes durch ihre Entscheidungen verändert, ohne dieses zu fragen, verstößt gegen das Prinzip der Volkssouveränität, schrieb zu Jahresbeginn der Staatsrechtler Dietrich Murswiek. Ein "Willkommens-Putsch", sozusagen. Verwunderlich ist nicht, daß Bürger sich dagegen mit dem Stimmzettel zu wehren beginnen, sondern daß dies immer noch so wenige tun.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 22. September 2016 (x892/...): >>**Deutschlandfunk: Ein Beispiel für Systemmedien**

Der Deutschlandfunk hat einen Beitrag von Christiane Florin gesendet, der die ganze Verlogenheit, den linken Subjektivismus und die gezielte Bosheit der Systemmedien deutlich macht, Medien im Übrigen, die von uns allen durch Zwangsbeiträge finanziert werden. Es handelt sich um einen Beitrag über die diesjährigen Priesterweihen in Zaitzkofen. Dafür reiste diese linke Dame extra für zwei Tage ins Priesterseminar. Ihr wurden bereitwillig Interviews mit Priestern und Seminaristen gewährt, in der Hoffnung auf einen zumindest halbwegs objektiven Bericht. Doch die Reise hätte sich die Frau sparen können: Der Beitrag stand sicher bereits vorher fest.

Aus den Interviews mit dem Regens des Priesterseminars, das 40 Minuten dauert, werden drei Sätze aus dem Zusammenhang gerissen zitiert, die zusammen weniger als eine Minute ausmachen. Das Gleiche gilt für die Interviews mit dem deutschen Distriktoberen der FSSPX, Pater Firmin Udressy und mit den Seminaristen.

Das Ziel und die Absicht des ganzen Berichts steht von vornherein fest und ist leicht zu durchschauen: Es soll verhindert werden, daß die Piusbruderschaft wieder voll in die Kirche aufgenommen wird, daß die FSSPX als katholische Priestergemeinschaft von der Kirche anerkannt wird, ein Wunsch, den offenbar auch Papst Franziskus geäußert hat. In dieser Absicht ist sich übrigens Frau Florin mit Bischof Williamson und seinen Anhängern einig, den sie sonst mehrfach benutzt, um die Priesterbruderschaft zu diskreditieren.

Der ganze Beitrag beruht auf Unterstellungen und Verdrehungen, wie man sie aus den Systemmedien seit langem kennt und gegen die man sich nicht wehren kann. So heißt es:

Wäre die katholische Kirche die Bundesrepublik und das Zweite Vatikanische Konzil die freiheitlich-demokratische Grundordnung, so müßte man wohl sagen: Die Piusbruderschaft steht nicht auf deren Boden, sondern weit rechts davon. Nicht wegen der alten Messe, sondern wegen der alten Ansichten: Nur der eigene Glaube gilt ihnen als Weg zum Heil, die autoritäre Kirche des 19. Jahrhunderts als Maß aller Dinge. Alles katholisch, alles hierarchisch, alles wie in Zaitzkofen - dann wäre alles in Ordnung.

Die klare Absicht solcher Sätze: Die Piusbruderschaft ist verfassungsfeindlich - wir, die Guten aus der linken Szene, sind hingegen nicht verfassungsfeindlich. Hätte Adenauer die Meinungen dieser Dame und ihrer GesinnungsgenossInnen gekannt, er wäre sicher der Auffassung gewesen, daß solche linken Ideen mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind.

Der ganze Beitrag zeigt zudem eine vollkommene Ahnungslosigkeit über das Wesen und die Lehre der Kirche, selbst die Lehren des II. Vatikanischen Konzils, die von "unserer" linken Journalistin gegen die Piusbruderschaft ins Feld geführt werden. Sie versteht die Kirche wie eine politische Partei, die sich ein Programm gibt und dieses Programm auch jederzeit ändern kann. Der Beitrag beweist wieder einmal, daß die meisten Journalisten der Systemmedien nicht nur über eine Halbbildung verfügen, sondern noch weiter darunter anzusiedeln sind.

Da sie den Interviewpartnern keine Aussagen entlocken konnte, die in irgendeiner Weise dem entsprachen, was die von Zwangsabgaben deutscher Bürger lebende Dame gerne gehört hätte, muß sie die Aussagen, die sie bekommen hatte, so verdrehen und zusammenstellen, daß selbst Sätze einer jungen Mutter wie:

"Bei uns in der Schweiz geht es nur noch um den Menschen. Hier ist wirklich noch der Herrgott das Zentrum. Das ist einfach das, was bei uns fehlt. Bei der Priesterbruderschaft wird das gelebt, worauf es ankommt. Es geht nicht immer um den Menschen, es muß um den Herrgott gehen" zu Zeichen einer radikalen Ideologie verdreht werden.

Unsere Empfehlung, nicht nur an den Medienberater der FSSPX, der im Beitrag auch sein Fett wegbekommt, sondern an alle Konservativen und besonders an Katholiken: Keine Interviews oder irgendwelche anderen Beteiligungen an Talkshows etc. Vollständige Abstinenz. Wer meint, er könne dabei irgend etwas gewinnen, der täuscht sich. Wir leben nicht in einer echten Demokratie, wo verschiedene Auffassungen und Meinungen frei und offen diskutiert werden können, sondern wir leben in einer "gelenkten Demokratie", in der die herrschende Klasse im Einklang mit den gleichgeschalteten Medien gegen jede Meinung vorgehen, die nicht linksliberal (oder weiter links) ist. Was diese Systemmedien Putin in Rußland vorwerfen, das ist es, was sie selbst praktizieren. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Oktober 2016: >>**Abgehobener Größenwahn**

Angela, die Unfehlbare, rettet die Welt. Das "Wohl des deutschen Volkes", auf das sie irgendwann mal einen Amtseid geschworen hat, bläst die Menschheitskanzlerin zur globalen Rettungsmission auf. Für das Wohl Afrikas ist sie schon auch zuständig, mindestens. Die "Konzentration auf Deutschland" ist doch langweilig, Angela Merkel macht lieber Politik für den Rest der Welt.

Den professionellen Gesundbetern und Schönrednern, die gehofft haben mochten, nach den jüngsten Wahlklatschen sei die Partei- und Regierungschefin endlich zu einer gesichtswahrend verpackten Kurskorrektur bereit, hat Angela Merkel mit ihrem jüngsten Zeit-Interview krachend vors Schienbein getreten. Das Schweigen der CSU, die vor zwei Wochen noch voll des Lobes für Merkels vermeintliches "Schuldeingeständnis" war, spricht Bände.

Fehler? Macht eine Angela Merkel doch nicht, machen nur die anderen. Die bösen Osteuropäer, die angesichts der nicht enden wollenden Flut von Asylsuchenden ihre Grenzen geschlossen und die Balkanroute dichtgemacht haben. Oder "das ganze System der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik", weil man nicht schon längst die Verteilung der zumeist illegal hereinströmenden Einwanderer-Millionen nach Quoten beschlossen hat.

Blühende Landschaften für Afrika

Als Zeugnis abgehobenen Größenwahns könnte dieses Merkel-Interview in die Geschichtsbücher eingehen: "Wenn ich als deutsche Bundeskanzlerin dafür sorgen will, daß es uns Deutschen gut geht, daß die Europäische Union zusammenhält, muß ich mich auch darum kümmern, daß es in Europas Nachbarschaft so zugeht, daß Menschen dort Heimat auch als Heimat empfinden können. Konkret heißt das in unserer Zeit, daß wir uns in neuer Weise mit Afrika befassen müssen."

An diesem Satzgeholper stimmt so gut wie gar nichts. Sollen die Ressourcen des alternden Deutschlands noch weiter ausgepreßt und an die sich potenzierenden Bevölkerungsüberschüsse Afrikas verteilt werden, um deren Auswandern zu verhindern? Selbst das wäre nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Eine Rückkehr zur Vernunft wird es mit Merkel nicht geben

Und die EU wird gewiß nicht dadurch "zusammengehalten", daß die Kanzlerin die Anrainerstaaten der Balkanroute arrogant beschulmeister, weil diese die Notbremse gezogen haben. Auch nicht dadurch, daß sie ihr faules Abkommen mit der Türkei als unfehlbare Wunderwaffe anpreist, obwohl die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß der Kuhhandel nicht funktioniert und die Kontrolle über die Einwandererströme nach Europa einem skrupellosen Diktator überantwortet wurden.

Eine Rückkehr zur Vernunft wird es mit dieser Kanzlerin, die dem "Willkommensputsch" die

Selbstermächtigung zur Retterin der Menschheit folgen läßt, die mal eben selbstherrlich ihren Amtseid auf das Wohl Afrikas überträgt, während im eigenen Land die Ordnung zerfällt, und die "deutsche Interessen" bis zur Unkenntlichkeit globalisiert, nicht mehr geben - das zumindest wäre jetzt eindeutig klargestellt. Nicht nur die EU-Partner, auch die deutschen Wähler werden daraus ihre Konsequenzen ziehen müssen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. November 2016 (x887/...): >>**Kniefall gen Mekka**

Martin Luther wäre entsetzt - Schwach und liebedienerisch begegnet die evangelische Amtskirche dem Islam

Das große Jubiläum steht an. 500 Jahre Reformation gilt es zu feiern. Feiern? Tatsächlich scheint sich hier eher eine Glaubensrichtung mit großem Aufwand von sich selbst zu verabschieden. Exemplarisch dafür steht der Umgang mit der wohl größten Herausforderung des europäischen Christentums seit Langem: Einem übergriffigen, expansiven Islam auf dem Vormarsch.

Die Schlüssel seines Wagens gibt Roland Weißelberg (73) vorher an der Rezeption des Augustinerklosters in Erfurt ab. Seine Frau kann sie dort leichter finden, wird er wohl gedacht haben. Der aus dem ostpreußischen Königsberg stammende Pfarrer im Ruhestand wird den Wagen selbst nicht mehr brauchen. Niemals mehr.

Während aus der Kirche des Klosters die Bachkantaten eines Gottesdienstes zu ihm herausklingen, steigt Weißelberg in eine Baugrube hinab. Er übergießt sich mit Benzin und zündet sich kurz vor 11 Uhr am Reformationstag des Jahres 2006 selber an. Andere Menschen, die sich nicht in der Kirche aufhalten, sehen den brennenden Weißelberg. Sie können die Flammen löschen. Schwerverletzt kommt er in eine Spezialklinik. 60 Prozent seiner Haut sind verbrannt. Einen Tag nach der tragischen Tat stirbt ein Mensch, den Angehörige und Freunde als humorvoll, engagiert, klug und mutig beschreiben.

Seiner Frau hat Weißelberg einen erklärenden Abschiedsbrief hinterlassen. Es ist die tiefe Sorge vor dem Islam, die ihn zu seiner Tat veranlaßt hat. Die Christen müßten sich viel stärker von ihm abgrenzen, sonst würden sie überrollt werden, schreibt Weißelberg, der sich intensiv mit dem moslemischen Glauben auseinandergesetzt hatte.

"Das Fanal, das keiner versteht", überschrieb der "Spiegel" damals ratlos einen Artikel über die Selbstverbrennung. Dagegen scheint es ziemlich genau zehn Jahre später, als habe der Pfarrer mit bestürzend klarer Voraussicht gehandelt.

Dabei begegnete die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) dem Islam noch im Jahre von Weißelbergs Tod mit großer Distanz. "Klarheit und gute Nachbarschaft" hieß 2006 ein offizieller Text, in dem trotz des versöhnlichen Titels scharfe Kritik an zentralen muslimischen Vorstellungen geübt wurde. Respekt vor Andersdenkenden und die Achtung der Menschenrechte wurden da eingefordert. Der Islam müsse zeigen, daß der Gewaltverzicht zu seinem Selbstverständnis gehöre. Unmißverständlich ist auch die Ansage, daß Christentum und Islam in klarer Konkurrenz zueinander stünden. Jedem Anschein einer Religionsvermischung müsse entgegengetreten werden.

Wer würde heute solche Aussagen aus dem Mund des 2014 zum EKD-Ratsvorsitzenden gekürten Bischofs Heinrich Bedford-Strohm erwarten? Eine schleichende Islamisierung scheint in allen Lebensbereichen des Landes voranzuschreiten, und die Kirchen verlieren kaum ein Wort darüber. Manchmal ist ihr Schweigen so lautstark, daß man sich die Ohren zuhalten möchte. Wenn der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick bekundet, daß für ihn, den Katholiken, ein muslimischer Bundespräsident denkbar sei, wird diese Ungeheuerlichkeit von protestantischer Seite mit einvernehmlichem Schweigen kommentiert.

Gemeinsam biedert man sich den Anhängern des fremden Gottes bei jeder Gelegenheit an. Während einer Pilgerreise ins Heilige Land entledigten sich Bedford-Strohm und Reinhard

Marx - als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz oberster Repräsentant der katholischen Kirche in Deutschland - gemeinsam ihrer Amtskreuze beim Besuch des Felsendoms in Jerusalem. Das christliche Symbol wäre als Provokation empfunden worden. Man habe sie auch von israelischer Seite dazu aufgefordert, behauptete Bedford-Strohm, nachdem die unheilvolle Geste in Deutschland für Entsetzen gesorgt hatte.

Ein israelischer Militärsprecher widersprach empört: Niemand habe die Bischöfe darum gebeten. Im Gegenteil: "Es war vollkommen falsch, vor den radikal-muslimischen Forderungen einzuknicken."

Einknicken, wegducken, anpassen, nachgeben: Die übergriffige Religion aus dem Orient, "Gottes Rute und Peitsche", so Martin Luther, findet gerade im Protestantismus nur schwache Konkurrenz im Kampf um die Vorherrschaft des rechten Glaubens. So vieles wird kampflos hingenommen: die Drangsalierung von Christen in den islamisch dominierten Asylsucherheimen ebenso wie die rasant steigende Anzahl an Kirchenschändungen durch Muslime in Deutschland. In manchen Orten terrorisieren orientalische Jugendgangs ganze Kirchengemeinden.

Mit geradezu hysterischem Eifer wird dagegen der Stifter der eigenen Glaubensrichtung demontiert. Zum 500. Reformationsjubiläum wird dem großen Martin Luther alles angekreidet, was nicht ins zeitgeistige Weltbild paßt. Die Jubelfeier wird zum Tribunal. Der "erste Wutbürger" (der "Spiegel" über Luther) kannte ungeheurerweise die Sprachvorschriften und Denkwänge der Gutmenschen von heute nicht. Luthers wortstarke Predigten gegen den islamischen Feind, dessen osmanische Heerscharen damals Europa bedrängten, stünden der Begegnung und dem Dialog im Weg, heißt es von seiten der EKD.

Das Verhältnis zwischen evangelischer Kirche und Islam müsse neu bestimmt werden. Ein Vorschlag: Zum Beten wenden sich fortan an auch die Kirchenoberen gen Mekka. Vielleicht können sie dort sogar ein glühendes, tiefes Bekenntnis zum eigenen Glauben entdecken, das ihnen selbst längst abhanden gekommen zu sein scheint.

In Erfurt, der Stadt, in der sich Pfarrer Weißelberg verbrannte, ist unterdessen der Bau einer Moschee inklusive Minarett geplant. Ein Bürgerbegehren gegen das Bauvorhaben wurde jüngst von der Stadtverwaltung abgelehnt.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 8. Dezember 2016: >>**Ein Aufsatz**

Am Abgrund

Das neue Heft der Zeitschrift "Tumult" versammelt Äußerungen des kürzlich verstorbenen Historikers Rolf-Peter Sieferle über den Zustrom an Flüchtlingen nach Deutschland. Der Autor warnt vor einer Katastrophe.

Von Gustav Seibt

Anmerkung der Redaktion: Die Einschätzung unseres Autors Gustav Seibt hat sich durch die Publikation von Nachlaßwerken Rolf Peter Sieferles im Frühjahr 2017 stark verändert.

Im Winterheft 2015 brachte der *Tumult*, die "Vierteljahresschrift für Konsensstörung" innerhalb einer Serie kritischer Abrechnungen mit der deutschen Willkommenskultur eine kühl durchdachte Abhandlung des Zivilisationshistorikers Rolf-Peter Sieferle, die auf die strukturelle Unvereinbarkeit von offenen Grenzen und dem in der neuzeitlichen Industriegesellschaft - und nur hier - entwickelten Sozialstaat hinwies.

Sieferle beschrieb ein Dilemma der Globalisierung, das bis heute ungelöst ist: Die Wirtschaft, die den Sozialstaat finanziert, ist mittlerweile weitgehend auf weltweiten Warentausch und offene Märkte angewiesen; zugleich kann ein Sozialstaat (und der ihn voraussetzende Steuerstaat) bisher nur in nationalen Einheiten funktionieren. Dieses Strukturproblem wird inzwischen auch bei linken Vordenkern mit Überlegungen zu einem wieder stärker nationalen Kapitalismus beantwortet, so bei Sahra Wagenknecht oder dem Soziologen Wolfgang Streeck.

Seine letzten Äußerungen waren die eines Verzweifelten

Sieferle starb am 17. September 2016. Nun erfährt man aus dem neuen Heft des *Tumult*, das in dieser Woche erscheint, daß es sich um einen selbst gewählten Tod handelte. Die Zeitschrift bringt eine Auswahl von Äußerungen aus den letzten Lebensmonaten Sieferles, überwiegend aus E-Mails zusammengestellt, die einen Verzweifelten zeigen. Verzweifelt war er offenbar auch, weil er die Ereignisse des letzten Jahres mit dem Zustrom von - nach heutigem Stand der Statistik - etwa 800.000 Flüchtlingen nach Deutschland auf "Millionen Analphabeten" hochrechnete, die demnächst in die westlichen Industrieländer kommen und das heikle Gleichgewicht in einer arbeitsteiligen, auf historisch einzigartigem Vertrauen und hohem Ausbildungsgrad beruhenden Gesellschaftsform in Gefahr bringen würden.

Viele der teils zugespitzten Äußerungen lesen sich wie eine Zusammenfassung der Merkel-Kritik mit der Unterstellung, die zeitweise Öffnung der Grenzen sei moralisch ("gesinnungsethisch") oder machttaktisch (als Zugeständnis an eine schwarz-grüne Option) oder aber neoliberal (um eine Arbeitsmarktreserve aufzubauen) motiviert gewesen - so recht entscheiden mag sich Sieferle da nicht. Jedenfalls sah er einen "Abgrund" drohen, mit Folgelasten, die von einer finanziellen Armutskrise bis zum Untergang des Rechtsstaats und zu ethnischen Konflikten reichen könnten.

Wie durchdacht diese Ängste waren, wird man allerdings erst erfahren, wenn ein Werk mit dem Arbeitstitel "Die Struktur des Migrationsproblems" erscheint, an dem Sieferle zuletzt arbeitete und dessen Publikation der *Tumult* ankündigt. Sollte es sich auf dem Niveau der bisherigen Schriften Sieferles bewegen, darf man sich auf ein kühle, begrifflich leuchtende, welt-historisch vergleichende Darlegung freuen. Von möglichen neuen Argumenten ist in der jetzt publizierten Auswahl privater Äußerungen vor allem eines zu erkennen: Sieferle bestreitet energisch einen Sachzusammenhang zwischen dem Einwanderungsdruck und dem Schrumpfen der Bevölkerung in den alten Industrieländern. Dieses begrüßt er sogar als rationale Antwort auf eine Wirtschaftsweise, die massenhafte ungelernete Arbeit kaum noch braucht, die also beim Nachwuchs von Quantität auf Qualität umstellen kann.

Dazu kommen Fluchtlinien auf eine ökologische Geschichte der Demographie und eines globalen Energiegleichgewichts, die eine Reduktion der künftigen Weltbevölkerung auf drei Milliarden wünschenswert erscheinen lassen. Damit kehrt Sieferle zum Ausgangspunkt seines universalhistorischen Lebenswerks zurück, zur Entdeckung des "Naturhaushalts" in der ökonomischen Theorie seit dem 18. Jahrhundert. Die explosionsartige Steigerung von Umsatz und Verbrauch seit mehr als 200 Jahren beruhte auf der Ausbeutung nichtregenerativer fossiler Energien.

Wenn die Menschheit weiterleben will, muß sie zu einem neuen Normalzustand zurückfinden - das wurde zum beherrschenden Lebensmotiv Sieferles. Der Eindruck, den die letzten Notate erwecken können, es sei ihm vor allem um Deutschland oder die westliche Industriegesellschaft gegangen, dürfte einseitig sein. Die treuen Leser dieses großen Autors warten nun auf sein letztes Werk.<<